

Zukunftsplan 2030

**Unser Programm für Zusammenhalt,
Stabilität und Erneuerung
in Castrop-Rauxel**

Inhalt

I.	Unsere Stadt intelligent entwickeln und bezahlbaren Wohnraum schaffen	1
II.	Für eine kraftvolle Wirtschaft vor Ort	5
III.	Mit Sicherheit und Ordnung in die Zukunft	7
IV.	Für eine solide und generationengerechte Haushalts- und Finanzpolitik	9
V.	Verkehrspolitik zusammen gestalten	10
VI.	Klima und Umwelt nachhaltig schützen	14
VII.	Soziales Miteinander fördern.....	16
VIII.	Integration gemeinsam meistern	18
IX.	Schulen nachhaltig und zukunftsfest aufstellen	20
X.	Bürgerbeteiligung mit einem klaren Rahmen ausbauen.....	23
XI.	Unsere Demokratie vor Ort stärken.....	25
XII.	Sport gemeinsam erleben.....	26
XIII.	Lebendige Kultur erhalten	27
XIV.	Chancen der Digitalisierung nutzen	28
XV.	Ehrenamt ist für uns Ehrensache	29
XVI.	EUV-Stadtbetrieb.....	30
XVII.	Stadtwerke	31
XVIII.	Wir sind vor Ort in den Ortsteilen	32
1.	Castrop/Altstadt.....	32
2.	Frohlinde	34
3.	Habinghorst/Rauxel/Pöppinghausen	36
4.	Henrichenburg	37
5.	Ickern	39
6.	Merklinde	40
7.	Obercastrop.....	41

I. Unsere Stadt intelligent entwickeln und bezahlbaren Wohnraum schaffen

Eine **moderne und bürgerorientierte Städtebaupolitik** ist ein Garant für Castrop-Rauxel als **lebenswerte Stadt und starker Wirtschaftsstandort**. Nur mit ihr kann eine positive Entwicklung der Stadt gelingen und durch Bindung von Familien und Unternehmen die finanzielle Situation langfristig gestärkt werden.

Maßgebend für eine gelungene Stadtentwicklungs- und Baupolitik sind für uns:

1. Die Schaffung von ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum

Das jüngste von der Stadtverwaltung in Auftrag gegebene Gutachten zur städtischen Wohnraumsituation bestätigt, was wir vor Ort seit Jahren thematisieren: Es besteht in Castrop-Rauxel ein **großer Wohnraumbedarf, sowohl im Eigentums- als auch im Mietsektor**.

Es gilt daher, schnellstmöglich **beste Rahmenbedingungen für bezahlbares Wohnen** für Menschen in jedem Alter und in jeder Familiensituation in Castrop-Rauxel zu schaffen. Hierzu bedarf es eines **gesamtstädtischen Konzepts der Wohnraumoffensive**. Der **Klimaschutz** ist im Rahmen der Städtebaupolitik in einem gesunden Maß zu beachten und zu ermöglichen.

Für folgende Maßnahmen werden wir uns einsetzen:

- **Ausweisung von neuen Wohnbaugebieten** für das Errichten generationen- und familiengerechter Wohnungen sowie Ein- und Zweifamilienhäuser durch Aufstellung bzw. Änderung von Bebauungsplänen.
- **Schaffung von altersgerechtem und barrierefreiem Wohnraum**. Es fehlen auch in Castrop-Rauxel Wohnungen für die ältere Generation und Menschen mit Behinderungen. Hierzu sind Gespräche mit Investoren und die Ausweisung von Wohngebieten konkret für diese Vorhaben erforderlich und die Bezahlbarkeit in den Fokus zu nehmen.
- **Schaffung von mehrgeschossigem Mietwohnungsbau**. Auch hier sind Gespräche und Verhandlungen mit nötigen Investoren erforderlich. Insbesondere müssen Anreize für eine Investition in Castrop-Rauxel, wie Ausbau der städtischen Infrastruktur, geschaffen werden.
- **Ein aktives Baulandmanagement in der Verwaltung**, um die noch unbebauten Wohnbauflächen zu ermitteln (**Baulücken und Brachflächen**) und eine Bebauung dieser Flächen durch Verhandlungen mit den Eigentümern anzustoßen. Dazu soll ein Baulückenkataster für Interessierte erarbeitet werden.

- **Anmeldung eines Flächenbedarfs für Wohnraum beim Regionalverband Ruhr** zur Sicherstellung der Ausweisungsmöglichkeit ausreichender Wohnflächen. Zur Vorbereitung dient das gesamtstädtische Konzept der Wohnraumoffensive, welches diesen konkreten Bedarf plausibel darlegt.
- **Eine effektivere und schnellere Vermarktung von Wohnbauflächen durch die im Juli 2019 gegründete städtische Entwicklungsgesellschaft ECAS GmbH.** Insbesondere wollen wir, dass diese mehr Flächen für Wohnraum entwickelt.
- Einrichtung eines **Bau- und Wohnungsgipfels** unter Beteiligung von Akteuren aus der Politik und Verwaltung, den Eigentümer- und Mieterverbänden, der ECAS GmbH sowie der lokalen Wohnungswirtschaft, um eine Abstimmung zu ermöglichen und so schneller Maßnahmen gegen die Wohnungsnot zu generieren.
- Schaffung von Anreizen, **leeren und sanierungsbedürftigen Wohnraum für die Neuvermietung** herzurichten. Auch soll – wenn möglich – Bauordnungsrecht angewandt werden.
- **Maßvolle Innenverdichtung** durch besondere Berücksichtigung der nachbarlichen Belange, insbesondere durch Erweiterung und Aufstockung von Gebäuden sowie Reaktivierung von Brachflächen.
- **Tiny-House-Projekte** als Alternative zu umfangreichen Wohnbauprojekten.
- **Verhinderung von Spekulationsgeschäften und Verhinderungsplanung** durch städtebauliche Maßnahmen, wie die Aufstellung von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen und städtebaulicher Vereinbarungen mit Eigentümern der Flächen.
- **Aufstellung von Bebauungsplänen mit klimaschützenden Festsetzungen**, u.a. Dachbegrünung, Festsetzung von geringer Versiegelungsfläche, Installation von Solaranlagen.
- **Maßnahmen der Klimafolgenanpassung** im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens stärker in den Fokus nehmen.
- Schaffung von Anreizen für eine **energetische Sanierung der Gebäude.**
- Fortführung des von uns beantragten Arbeitskreises Problemimmobilien und Erstellung eines Handlungskonzepts für wirksame Maßnahmen gegen Problemhäuser /Schrottimobilien sowie Ausschöpfung aller rechtlich zur Verfügung stehenden Mittel.

Folgende, **ganz konkrete Wohnbauprojekte** werden wir zum Abschluss bringen:

- „Alter Garten“ in Henrichenburg
- „Wohnen an der Emscher“ in Habinghorst
- Rieperbergstraße/Pallastraße in Schwerin/Dorf Rauxel
- Graf Schwerin Schacht 3/4 in Dingen

Folgende Flächen wollen wir in Abstimmung mit den Eigentümern für Wohnraum nutzen:

- Freifläche zwischen Schillerstraße und Bochumer Straße (in der Nähe des Stadtgartens)
- Ehemaliges Tankstellengelände in Rauxel
- Eckgrundstück Bochumer Straße/Karlstraße
- Eckgrundstück Hellweg/Holderweg (Schwerin)
- Ehemaliges Haus Bladenhorst
- Ehemaliger EUV-Betriebshof an der Herner Straße
- Grundstück an der Recklinghäuser Straße (derzeitiger Sportplatz) nach Errichtung der Bezirkssportanlage
- Grundstück der Feuerwehr Frebergstraße nach dem Umzug.

Darüber hinaus möchten wir für lebenswerte Ortsteile folgende Punkte umsetzen:

- **ausreichend Sitzmöglichkeiten in den Ortsteilen und auf den Haupttrouten** in die Innenstadt in Form von fest installierten Bänken, insbesondere auch für Senioren.
- Nutzung von Flächen, die aufgrund Ihrer Größe nicht zur Bebauung geeignet sind, für den Aufenthalt für Kinder, z. B. für **Spiel- oder Bolzplätze**.
- **Schutz und Förderung der Kleingartenanlagen in unserer Stadt.**
- ein Gesamtkonzept zur Weiterentwicklung unserer Spielplätze unter Einbeziehung des Kinder- und Jugendparlamentes und der Bürgerinnen und Bürger.

2. Eine dienstleistungs- und bürgerorientierte Bauverwaltung

Wir werden das **Bauordnungs- und Stadtplanungsamt als Dienstleister** etablieren. Für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung ist insbesondere **eine effektive Beratung der privaten und gewerblichen Vorhabenträger** und die **schnelle Ermöglichung von Bauvorhaben im Wohn- und Gewerbebereich** unabdingbar.

Um dies zukünftig zu ermöglichen, werden wir folgende Maßnahmen zügig umzusetzen:

- **Einführung eines digitalen Genehmigungsverfahrens** nach dem Modell der Landesregierung NRW.
- **Aktive Unterstützung durch die Mitarbeiter der Stadtverwaltung bei Fragen zu Fördermöglichkeiten**, insb. Informationen über die Fördermöglichkeiten und Anreize zur Energieeinsparung bei Neu- und Umbauten im Bereich der Wohn- und Gewerbenutzung.
- **Analyse der personellen Besetzung und bei Erforderlichkeit Umstrukturierung** und Schaffung von neuen Stellen im Bereich der Abteilungen Bauordnung und Stadtplanung.

3. Erhaltung und Sanierung der städtischen Bestandsbebauung

Der städtische Gebäudebestand ist für die zukünftigen Generationen in einer angemessenen Weise zu erhalten. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass sich die Stadt dadurch finanziell nicht überlastet. Dies werden wir sicherstellen durch:

- ein **effektives Baubestandsmanagement**, um ein Marodewerden der städtischen Gebäude zu verhindern,
- eine **vorausschauende Sanierung der städtischen Gebäude**, z.B. im Hinblick auf die Digitalisierung und energetische Sanierung, und langfristige Planung von Sanierungsmaßnahmen,
- die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden,
- die **Nutzung von Fördermitteln zur Sanierung von städtischen Gebäuden** und
- eine **kostengünstige, transparente und effektive Rathaussanierung** auf Grundlage eines **langfristigen Konzepts**, insbesondere Vornahme ausschließlich erforderlicher Maßnahmen zur langfristigen Erhaltung des Gebäudes und Sicherstellung einer für die Mitarbeiter zeitgemäßen Arbeitsatmosphäre.

II. Für eine kraftvolle Wirtschaft vor Ort

Kommunale Wirtschaftspolitik bedeutet für uns die **Stärkung der Wirtschaftskraft** und die **Schaffung neuer und den Erhalt bestehender Arbeitsplätze** in Castrop-Rauxel.

Kaum eine andere Stadt verfügt mit seiner Nähe zu den Ost-West-Fernverbindungen der Autobahnen A 2 und A 42 sowie zu den Nord-Süd-Autobahnen A 43 und A 45 über eine so günstige Anbindung an die überregionale Verkehrsinfrastruktur wie Castrop-Rauxel.

Wir konnten uns mit unseren Forderungen nach Umstrukturierung und personeller Stärkung der Wirtschaftsförderung durchsetzen. Auch mit unseren Stimmen wurde die Gründung der Wirtschaft & Marketing Castrop-Rauxel GmbH beschlossen.

Wir stehen auch in Zukunft für **aktive Wirtschaftsförderung**. Mit ihren Effekten für Beschäftigung, Steuern, Infrastruktur und Image gilt sie als ein wichtiger Baustein für Wachstum, Lebensqualität und Wohlstand in unserer Stadt.

Wir werden in den kommenden Jahren eine **Wirtschaftsförderung als Zukunftsgestalter etablieren**. Dazu wollen wir:

- eine **Vorreiterposition der Wirtschaftsförderung beim Thema Digitalisierung** innerhalb der Stadtverwaltung,
- die **Durchführung von kreativen Veranstaltungsformaten für und mit unterschiedlichen Zielgruppen**, um externes Wissen – gemäß des Open-Innovation-Ansatzes – punktuell immer wieder „ins Haus zu holen“,
- eine **fundierte personelle Ausstattung der Wirtschaftsförderung**, sodass eine **gute Betreuung der vorhandenen und ansiedlungswilligen Unternehmen** gewährleistet wird,
- eine **intensive und regelmäßige Bestandspflege der Unternehmen** in Castrop-Rauxel durch die städtische Wirtschaftsförderung,
- eine **Fokussierung der Wirtschaftsförderung auf ihre drei ureigenen Aufgaben Akquise, Beratung und Lotsendienstleistungen**,
- **Wirtschaftsförderung als Querschnittsaufgabe**, die eine Zusammenarbeit aller kommunalen Handlungsfelder bedingt und gut funktionierende Schnittstellen in der Verwaltung bei Unternehmensanfragen gewährleistet,
- einen mindestens **jährlich stattfindenden Castrop-Rauxeler Unternehmertag**, an dem Verwaltung, Unternehmen, Verbände und Politik teilnehmen,
- ein Bestandsmanagement, das auch **Möglichkeiten des Austausches und der Kooperation von Start-ups und etablierten Unternehmen** schafft, um klassische Unternehmensstärken mit innovativen Methoden und Herangehensweisen zu verbinden,

- einen **Mitarbeiter der Wirtschaftsförderung als Lotsen für die Bürgervereine und damit Erweiterung der Unterstützung der Bürgervereine,**
- eine **enge Betreuung der Unternehmen bei der Bebauung von Gewerbeflächen** durch die Verwaltung von Beginn an,
- eine **umfassende und sachkundige Beratung zur Inanspruchnahme von Fördermitteln** und Unterstützung bei Antragstellung,
- ein **glasklares Bekenntnis der Stadt zur Verwirklichung des geplanten Industriegebietes newPark in Datteln und Waltrop sowie dessen Anbindung an die Bundesstraße 474 n** über städtisches Gebiet im Rahmen einer konstruktiven interkommunalen Zusammenarbeit,
- die Erstellung einer **Beteiligungsrichtlinie und eines PUBLIC CORPORATE GOVERNANCE KODEX der Stadt Castrop-Rauxel**, um das wirtschaftliche Handeln der Stadt Castrop-Rauxel und ihrer Beteiligungen und damit auch für die Wirtschaft & Marketing Castrop-Rauxel GmbH transparent und nachvollziehbar für die Bürgerinnen und Bürger darzustellen,
- eine jährliche **Nacht der Ausbildung in Kooperationen mit ansässigen Unternehmen und Schulen**, um für die duale Ausbildung, insbesondere auch im Handwerk, zu werben sowie dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken,
- ein **Projekt „Mädchen gegen den Fachkräftemangel im Handwerk“** in Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsstelle und/oder der Gesellschaft „Bildungszentrum des Handels GmbH“ oder der Handwerkskammer,
- die Umsetzung des **Ideenwettbewerbs für das Bunkerareal,**
- letzte Potentiale zur Ausweisung von Gewerbeflächen zügig nutzen, insb. **Entwicklung der ehemaligen Xcape Fläche an der B235 und des derzeit noch von der DSW21 genutzten Betriebshofs an der Bahnhofstraße,**
- die Schaffung von **Gewerbeflächen mit einer gewissen Größe, um eine Ansiedlung großer Unternehmen** zu ermöglichen,
- eine **Ermittlung der Bedarfe an Gewerbeflächen** unter stärkerer Einbindung der Wirtschaftsförderung,
- **Erhalt und Ausbau der Attraktivität der Castroper Altstadt** als eine der **Kernaufgaben der Wirtschaftsförderung** u. a. durch Durchführung von Veranstaltungen, abgestimmt mit der Kaufmannschaft und den Bürgerinnen und Bürgern, und

- **eine verstärkte Profilierung Castrop-Rauxels als Standort für die Gesundheitswirtschaft.** Der Bedarf an gesundheitsorientierten Produkten und Dienstleistungen, vor allem im Bereich der integrierten und wohnortnahen Gesundheitsversorgung, nimmt stetig zu.

III. Mit Sicherheit und Ordnung in die Zukunft

Die Bürgerinnen und Bürger haben einen elementaren Anspruch auf Sicherheit und Ordnung im gesamten Stadtgebiet.

Sicherheit und Ordnung sind Grundvoraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben und damit für all das, was Castrop-Rauxel lebenswert macht. Das gilt sowohl für eine geregelte Nutzung des öffentlichen Raumes, für Mobilität und Freizeit als auch für Feste und Veranstaltungen.

Ein wichtiger Eckpfeiler der kommunalen Sicherheitsarchitektur stellt für uns eine **moderne und gut ausgestattete Feuerwehr** dar, wobei wir die Bedeutung der Ehrenamtlichen hierbei hervorheben und anerkennen.

Mit uns wird es in Castrop-Rauxel eine **Null-Toleranz-Strategie** gegen jegliche Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geben. Dazu gehört auch die Sicherstellung eines sauberen Stadtbildes.

Insbesondere die Tumultlagen rivalisierender Clans auf offener Straße im Jahr 2023 haben gezeigt, dass wir in Castrop-Rauxel dem Bereich der Sicherheit höchste Priorität einräumen müssen.

Wir werden bei solchen massiven Rechtsbrüchen deutlich machen: Der Staat ist da, hier kann niemand gegen das Recht verstoßen. **Auch in Castrop-Rauxel gilt das Recht des Staates und nicht das Recht der Familie.** Probleme können nur gelöst werden, wenn man sie auch benennt.

Wir werden uns daher **insgesamt im Bereich Sicherheit und Ordnung für mehr Personal, neueste Ausrüstung und entsprechende Haushaltsprioritäten** einsetzen. Ganz konkret stehen wir für:

- **den Aufbau eines städtischen Sicherheitsnetzwerks**, das eine enge Zusammenarbeit staatlicher und kommunaler Stellen und die intensive Mitwirkung der Justiz zum Ziel hat. Als Beispiel solcher Netzwerkarbeit kann die Zusammenarbeit am Kulturplatz Leo gesehen werden, an dem sich das Geschehen weithin beruhigt hat. Wir benötigen dazu den Ausbau und die Intensivierung der Ordnungspartnerschaft zwischen Jugendamt, Polizei, Ordnungsamt, Justiz und Schulen.
- **die Errichtung einer neuen Feuer- und Rettungswache** am zentralen und verkehrsgünstig gelegenen Standort auf der Fläche des ehemaligen EON-Kraftwerksgeländes an der B 235 in Habinghorst (Habinghorster Straße/Klößnerstraße).

- **ein koordiniertes Vorgehen gegen eine entstehende Raser- beziehungsweise Powerszene**, die Gewinnung aktueller Erkenntnisse hinsichtlich der Szeneentwicklungen sowie Kontrolle ausgesuchter Treffpunkte durch den Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) in den Abendstunden.
- **eine moderne, effektive und bestmögliche Ausrüstung des KOD**. Die Ausstattung mit Bodycams konnten wir bereits durchsetzen.
- die Schaffung von personellen Kapazitäten mittel- bis langfristig, um beim **KOD einen Streifendienst von Montag bis Freitag in der Zeit von 8:00 bis 22:00 Uhr** im Außendienst zu gewährleisten. Perspektivisch wollen wir die Bereitschaftszeit des KOD auf 24/7 ausweiten.
- **eine enge Zusammenarbeit mit der Sicherheitskooperation Ruhr** und weitere **Vernetzungen mit Behörden sowie Sammlung von Informationen und Schwerpunktsetzung im Kampf gegen Clankriminalität**.
- regelmäßige **Vorlage eines Berichts zur Clankriminalität seitens der Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit der Kreispolizeibehörde Recklinghausen** im Stadtrat.
- **Stärkung und Sensibilisierung von Lehrkräften und Sozialarbeitern in den Schulen** für Clankriminalität.
- die Suche einer geeigneten Immobilie und Prüfung zur Einrichtung eines **Service-Büros des Ordnungsamtes als Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger auf der Lange Straße in Habinghorst**.
- **erhöhte Präsenz, verstärkte Kontrollen und Sichtbarkeit** ansprechbarer und professioneller Beratungs-, Polizei- und/oder Ordnungskräfte in besonders unsicheren Bereichen, wie beispielsweise am Vorplatz des Hauptbahnhofs und am Münsterplatz.
- **die Beseitigung von Angsträumen** durch eine transparente und den Sicherheitsaspekt berücksichtigende Bauplanung und Bauausführung sowie eine angemessene Beleuchtung. Dies gilt auch für temporäre Angsträume, wie beispielsweise im Umfeld der Flüchtlingsunterkunft an der B235, an der Lange Straße, am Hauptbahnhof oder an der Unterführung an der Oberen Münsterstraße. So fühlen sich die Menschen beispielsweise durch das Auffinden von Drogenzubehör verunsichert. Dem ist mittels Ordnungsmaßnahmen entgegenzuwirken.
- **die Ausweitung der von uns durchgesetzten Beleuchtung im Stadtgarten**.
- den Einsatz einer Videoüberwachung in besonders unsicheren Bereichen im gesetzlichen Rahmen.
- die Aufstellung von Notrufsäulen an geeigneten Orten.

- **eine effiziente Ermittlung von Rasern**, insbesondere in den Abend- und Nachtstunden durch **nachhaltige und regelmäßige Geschwindigkeitsmessungen**.
- die **Fortführung des von uns beantragten Arbeitskreises Problemimmobilien** und **Erstellung eines Handlungskonzepts für wirksame Maßnahmen gegen Problemhäuser /Schrottimobilien** sowie Ausschöpfung aller rechtlich zur Verfügung stehenden Mittel.
- die **Weiterentwicklung des Grundstücks des alten EUV-Betriebshofs an der Herner Straße** zu Wohnzwecken.
- ein **Gesamtkonzept gegen Messergewalt** unter Einbindung der Nachbarstädte und des Landrates und eine fortlaufende Evaluierung dazu, welche Maßnahmen aus dem **10- Punkte Plan des NRW-Innenministeriums** auch in Castrop-Rauxel umgesetzt oder angepasst werden können. Neben individueller Trageverbote gehören hierzu für uns eine erhöhte Präsenz von Polizei und KOD, Aktionstage gegen Messergewalt und Präventionstagen in Unterbringungseinrichtungen.
- die stetige Aktualisierung des Sicherheitskonzepts für Veranstaltungen sowie Umsetzung von Sicherungsmaßnahmen, wie des Einsatzes von Trucksperrern.

IV. Für eine solide und generationengerechte Haushalts- und Finanzpolitik

Die stetige **Konsolidierung der kommunalen öffentlichen Finanzen** bleibt auch in Zukunft eine der größten Herausforderungen für unsere Stadt. Solide Finanzen sind auch ein Ausdruck von **Generationengerechtigkeit**.

Zur Ehrlichkeit gehört dabei, dass wir ohne **strukturelle Hilfen von Bund und Land** das Ziel ausgeglichener Haushalte nicht werden erreichen können. Das entbindet uns nicht davon, auch zukünftig nicht in dem Bemühen nachzulassen, Einsparpotenziale aufzuzeigen und zu nutzen.

Die großen Unterschiede in der Haushaltslage der Kommunen in Nordrhein-Westfalen und damit auch die **schwierige Haushaltslage unserer Stadt** sind **zum überwiegenden Teil nicht selbst verschuldet**, sondern beruhen auf **besonderen Herausforderungen von Strukturwandel und wirtschaftlichen Umbrüchen**. Auch der **Bund** hat in der Vergangenheit enorme **Sozialkosten auf die Kommunen und damit auf Castrop-Rauxel abgewälzt**.

Hinzu kommt, dass **Castrop-Rauxel**, wie viele andere Städte auch, **während der Corona-Pandemie Besonderes zum Schutz der Bevölkerung geleistet hat**. Die finanziellen Anstrengungen dazu waren enorm.

Die **Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung sowie der kommunalen Unternehmen unter diesen schwierigen Bedingungen** erkennen wir ausdrücklich an.

Unser oberstes Ziel bleibt, die **finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt zu sichern**. Wichtige finanzpolitische Eckpunkte sind dabei:

- Wir fordern die **Bundesregierung zu einer einmaligen und gemeinsamen Kraftanstrengung zur Entlastung der Kommunen von ihren Altschulden auf**. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass die **CDU-geführte Landesregierung hierzu bereit ist, einen Altschuldenfonds in Höhe von 250 Mio. Euro jährlich einzurichten**, der für die teilnehmenden Kommunen eine substanzielle und bilanzielle Entlastung bringt.
- Wir wollen eine **verlässliche Gemeindefinanzierung**, die sicherstellt, dass die Kommune ihren Aufgaben gerecht werden kann.
- Wir setzen uns dafür ein, dass das **Konnexitätsprinzip strikt eingehalten wird. Übertragen das Land oder der Bund Aufgaben auf die Stadt, darf die Stadt nicht auf den Kosten für die Aufgabenerfüllung sitzen bleiben**.
- Wir werden die **kommunale Einnahmeseite in den Blick nehmen**, indem wir den **Wirtschafts- und Arbeitsmarkt in Castrop-Rauxel nachhaltig stärken und Wohnraum schaffen**.
- Wir werden die **Schaffung neuer Arbeitsplätze durch die Ansiedlung von Unternehmen auch weiterhin priorisieren, um Soziallasten im Haushalt zu senken**.
- Wir treiben die **stetige Prüfung von Einsparpotenzialen innerhalb der Stadtverwaltung** voran und setzen uns weiterhin **für effiziente Strukturen** ein.

V. Verkehrspolitik zusammen gestalten

Wir stehen für eine **gleichrangige Verkehrspolitik**. Den erforderlichen **Ausbau der Infrastruktur für Fußgänger und Radfahrer** sowie die **Verbesserung des ÖPNV** werden wir nicht gegen Autofahrer ausspielen. Das gilt auch andersherum. Alle Verkehrsteilnehmer werden wir gleichermaßen berücksichtigen.

Aus diesem Grund lehnen wir das einseitige rot-grüne Nahmobilitätskonzept ab, welches den Radfahrer zu sehr in den Fokus nimmt und den PKW-Verkehr im Vergleich dazu benachteiligt.

Die Heterogenität im Verkehr nimmt deutlich zu: Neben Fußgängern, Radfahrern und Autofahrern sind auch immer mehr Pedelec- bzw. E-Bike-Fahrer unterwegs.

Als Pendlerstadt im Ruhrgebiet müssen Staus in und um Castrop-Rauxel herum daher vermieden werden. Auch ist ein starker **Ausbau der Fußgänger- und Radfahr-Infrastruktur** sowie des ÖPNV wichtig. Nur so wird Castrop-Rauxel attraktiv und zukunftsfähig sein und einen Beitrag zur CO₂- und Emissionsreduzierung leisten.

Diese Ziele wollen wir durch folgende Maßnahmen erreichen:

- **Umsetzung schneller, kleiner Maßnahmen des Nahmobilitätskonzeptes**, die den Fahrradverkehr sofort verbessern.
- **Öffnung der Lange Straße für den Autoverkehr**, aus der Richtung der B235 kommend.
- **Realisierung der B 474n**, die insbesondere die stark befahrene B235 und somit die nördlichen Stadtteile wie Henrichenburg, Habinghorst und Ickern entlastet und damit einen gut fließenden Verkehr zur A2 und zu den anliegenden Städten Waltrop und Datteln gewährleistet.
- **Realisierung eines dichten Fahrradstraßennetzes im Nebennetz des gesamten Stadtgebietes**, angelehnt an das Recklinghäuser Konzept. Hierbei soll auf ruhigere Straßen zurückgegriffen werden. Als eine der ersten Verbindungen sollte ein zusammenhängendes Fahrradstraßen-Netz von der Langen Straße über die Germanen- und Alemannenstraße bis hin zur Heerstraße realisiert werden. Diese Anbindung bietet Radfahrern eine attraktive Alternative zu der stark befahrenen B235, um in den Norden der Stadt zu gelangen oder das Emscherland zu besuchen. Die Stadtteile Habinghorst und Henrichenburg können so für den Fahrradverkehr miteinander verbunden werden. Dies sorgt für die Erhöhung der Sicherheit für den Radverkehr.
- zügige Gespräche mit den anderen Straßenbaulastträgern, Straßen.NRW sowie dem Kreis Recklinghausen, um Lösungen zum **Ausbau der Radfahr-Infrastruktur** auf den Land- bzw. Kreisstraßen zu erreichen.
- **Ablehnung des Wegfalls einer Spur auf der Strecke B 235** beginnend vom evangelischen Krankenhaus bis zur Innenstadt. Der Wegfall einer Spur würde zu einer deutlichen Belastungssteigerung führen.
- **Errichtung eines Radweges auf der B 235 zwischen der Klöcknerstraße und der Wiltener Straße** in der Innenstadt entlang des Parkstreifens. Eine bauliche Trennung oder zumindest eine farbliche Erkennbarkeit sollte die Verkehrssicherheit für Radfahrende erhöhen.
- **Optimierung der grünen Welle zwischen dem Süden und dem Norden der Stadt entlang der B235.**
- **Unterstützung jeder klimaneutralen Art der Fortbewegung und eines weiteren Ausbaus der E-Mobilität.** Dies erfordert neben einem bereits gut ausgebauten Netz für AC-Ladesäulen auch Schnellladesäulen, sog. DC-Ladesäulen. Diese bieten den Vorteil des deutlich schnelleren Ladens, was bei Zeitknappheit und Engpässen an öffentlichen

AC-Ladesäulen erforderlich werden kann. Nur so kommt Castrop-Rauxel im Bereich der E-Mobilität im Ruhrgebiet weiter voran.

- **Wiedereinführung des kostenlosen Parkens für E-Autos** im Stadtgebiet.
- **Schaffung von Lademöglichkeiten für Pedelecs sowie E-Bikes** an viel besuchten Stellen wie der Castroper Innenstadt und den Stadtteilzentren sowie entlang touristischer Radstrecken.
- **Schaffung von Reparaturständen**, die alle nötigen Dinge zur schnellen Reparatur eines Fahrrads beinhalten. Solche sollten ebenfalls an den oben genannten Stellen angebracht werden.
- Schaffung von weiteren gesicherten Fahrradstellplätzen. Insbesondere befürworten wir die Einrichtung einer neuen Radstation.
- **Gewährleistung der Erreichbarkeit der Castroper Innenstadt** mit dem PKW, **kein Wegfall von Parkplätzen.**
- **Verkehrssichere Fußgänger- und Radfahrinfrastruktur rund um Schulen.**
- Durchführung von **Projektwochen an Schulen, die einer Verkehrserziehung der Kinder dienen.** Hier könnten die Kinder beispielsweise pro gelaufenem Meter entlohnt werden.
- **Realisierung der Ortsumgehung L 654n** zur Entlastung der Einwohner der Gerther Straße in Merklinde und Abriss der überflüssig gewordenen „Soda-Brücke“.
- **Bau einer Mittelinsel als Querungshilfe** nördlich oder südlich der Kreuzung **Dortmunder Str./Hubertusstraße bzw. Kirchlinder Straße.**
- Optimierung des Verkehrsflusses entweder durch **einen Kreisverkehr** oder durch die **Einrichtung eines Grünpfeils zum Rechtsabbiegen aus den Straßen Vincennesstraße und Wakefieldstraße** in die Dortmunder Straße.
- **Optimierte Ampelschaltungen am Kirchlinder Kreuz und in Frohlinde an der Kreuzung im Ortseingang Schwerin** in Zusammenarbeit mit der Stadt Dortmund und Straßen.NRW.
- **Errichtung eines innovativen Parkleitsystems in der Castroper Altstadt.**

- **Erhöhung der Erreichbarkeit des Parkplatzes am Ärztehaus** in der Altstadt neben dem Münsterplatz **durch Errichtung einer direkten Zufahrt von der Herner Straße.**
- **Errichtung eines Leitsystems für den Fahrradverkehr in der Altstadt und Nutzung von Leerstandsimmobilien als Radstationen.**
- **Einrichtung einer Querungshilfe** im oberen Bereich **der Bochumer Straße auf Höhe der Breckenstraße** zur Erhöhung der Verkehrssicherheit.
- **Einrichtung einer dem Kreuzungsbereich vorgelagerten Querungshilfe auf der Cottenburgstraße** in Höhe des Kreuzungsbereiches mit der Bochumer Straße.
- **Erhalt sämtlicher Parkplätze an der Bochumer Straße zur Unterstützung des dortigen Einzelhandels und der Gastronomie.**
- **Erhöhung der Verkehrssicherheit auf Gehwegen.**
- **Angemessene Beleuchtung entlang der Dortmunder Straße zwischen den Stadtteilen Schwerin und Frohlinde.**

Der ÖPNV hat in Castrop-Rauxel einen großen Stellenwert. Der Kreis Recklinghausen hat mit den X-Linien bereits einen wichtigen Beitrag geleistet, um die Städte im Kreis besser miteinander zu verbinden. Der ÖPNV soll aber weiter verbessert werden. Dazu setzen wir uns für folgende Maßnahmen ein:

- **Optimierung der Fahrtstrecken zu den umliegenden Universitäten aus Castrop-Rauxel.** Die Einführung der Linie 378, welche direkt vom Castrop Münsterplatz zur Ruhr-Uni Bochum in 52 Minuten fährt, stellt einen guten Anfang dar.
- **Grundlegende Verbesserung und Attraktivierung der Verbindungen in die Nachbarstädte,** aber auch innerhalb der Stadtteile (beispielsweise Ickern/Henrichenburg und Merklinde/Frohlinde sowie Obercastrop/Schwerin).
- **Eine einfachere und zügigere Anbindung des Emscherlandes** als neues Naherholungsgebiet durch den ÖPNV.
- Prüfung, ob ein **stadtweites Ticket für den ÖPNV zu vergünstigten Tarifen** angeboten werden kann.

- **Verbesserung der Verbindungen innerhalb der Stadt**, sodass die Erreichbarkeit der Stadtteile untereinander verbessert wird. Um dies zu realisieren, soll teilweise die Taktung erhöht werden, insbesondere auch zu Schulzeiten.
- den **barrierefreien Ausbau der Bus- und Bahnhaltstellen**, insbesondere an den Regionalbahnhaltstellen Castrop-Rauxel Süd.

VI. Klima und Umwelt nachhaltig schützen

Der Klima- und Umweltschutz ist für Castrop-Rauxel eine besondere Herausforderung. Wir stehen weiterhin hinter den Zielen, die wir uns als Stadt mit Blick auf die **Klimaneutralität** gesetzt haben. Aufgrund dieses ambitionierten Ziels bedarf es weitgreifender Maßnahmen. Dazu muss die Stadtverwaltung **gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern handeln** und sich für den Klima- und Umweltschutz einsetzen. Bloße Symbolpolitik, Verbote, Bevormundungen und weitere Bürokratie lehnen wir ab.

Unsere Eckpunkte für den Klima- und Umweltschutz sind:

- Wir werden die Bürgerinnen und Bürger proaktiv über die neue nordrhein-westfälische Gesetzgebung informieren, nach der **Vorgärten ausdrücklich wasserdurchlässig und als Grünflächen anzulegen sind**. Damit soll ermöglicht werden, dass sie ihre Gärten entsprechend gestalten bzw. zurückbauen können. Hingegen lehnen wir eine Aufforderung zum Rückbau ab, wenn dies nicht zwingend erforderlich ist. Einen Wettbewerb zur vorbildlichen Gestaltung von Vorgärten betrachten wir hier als effektive Maßnahme.
- **Wir wollen Grünflächen mit Bäumen sowie anderen Gewächsen in stark versiegelten Bereichen schaffen**, die das Klima an den Orten herunterkühlen und den Boden für Wasser zugänglich machen. Geteerte und gepflasterte Flächen sollen, soweit möglich, aufgebrochen und mit alternativen Belägen versehen werden. Plätze zum Verweilen, wie Bänke, sollen grundsätzlich verschattet sein, um Hitzeschutz zu gewährleisten. Auch Wasserflächen und Versickerungsrigolen dienen einer Abkühlung und fördern den Ausbau als sog. Schwammstadt.
- Wir werden ein Projekt für eine Baumpatenschaft ins Leben rufen. Durch die Patenschaft von Bürgerinnen und Bürger wird die Pflanzung von weiteren Bäumen gefördert.
- Wir setzen uns für die Stärkung der Umwelterziehung in Schulen und Kindertagesstätten ein. Kinder müssen früh für den Schutz unserer Umwelt sensibilisiert werden. Daher unterstützen wir **Projektwochen bereits im Grundschulalter, die über die**

Bedeutung von Umwelt- und Klimaschutz aufklären. Gleiches gilt auch an den weiterführenden Schulen.

- **Schulhöfe sollen entsiegelt und grüner gestaltet werden.** Auch hier sollen Schattenplätze für den Hitzeschutz geschaffen werden.

Der Klimapreis fördert bereits heute sinnvolle Projekt des Klimaschutzes. Wir befürworten eine noch intensivere Unterstützung solcher Projekte, um den Anreiz zum Klimaschutz zu erhöhen.

- Wir befürworten die vom Kreis in Auftrag gegebenen **klimaneutralen Busse**, die bereits im Einsatz sind.
- Wir setzen uns für die **Abschaffung der städtischen Baumschutzsatzung ein.**
- Die **Teilnahme am Stadtradeln sowie an den Aufräumaktionstagen** wollen wir noch intensiver bewerben.
- Bereits vor einigen Jahren haben wir beantragt, auf **städtischen Grünflächen und Grünstreifen Wildblumensamen zu säen.** Diese bedürfen weniger Pflege als Gräser, behindern die Sicht für Verkehrsteilnehmer weniger, sorgen für Farbe im Stadtbild und verwuchern nicht im Laufe des Jahres. Zudem profitieren davon auch Insekten. Leider wurde dieser Antrag nie umgesetzt, sodass wir uns weiter für die Umsetzung einsetzen.
- **Wir wollen (mehr) Mülleimer** insbesondere auf öffentlichen Grünflächen aufstellen und regelmäßig leeren lassen.
- Die Anzahl der **PV-Anlagen auf öffentlichen Dächern wollen wir steigern**, um zum einen Energiekosten zu senken und zum anderen die Freiflächen auf den Dächern effektiv zu nutzen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt das **Programm zur Förderung privater PV-Anlagen aufrechterhält**, um ihren Beitrag zur Förderung zu leisten und den Einbau von PV-Anlagen weiter zu unterstützen.
- **Wir werden prüfen, ob und wo städtische Parkflächen mit PV-Anlagen überbaut werden können**, um umweltfreundliche Parkplätze zu schaffen und diese bestmöglich zu nutzen.
- **Freiflächen-PV-Anlagen**, wie bereits durch unseren Ratsantrag beschlossen, sollen - sofern möglich - neben Autobahnen im Stadtgebiet errichtet werden.

- Wir werden Sorge dafür tragen, dass das **Thema Wasserstoff und Brennstoffzellen als Antriebs- und Energie-Rohstoff mehr in den Fokus rückt.**
- Wir setzen uns für eine adäquate **städtische Wärmeplanung** ein.

VII. Soziales Miteinander fördern

Solidarität, Subsidiarität und Personalität sind die drei Grundpfeiler der **christlichen Soziallehre**. Diese Eckpfeiler wollen wir vor Ort mit Leben füllen und unsere Stadt noch lebens- und liebenswerter machen. Das bedeutet für uns konkret:

- Wir wollen insbesondere **Menschen im Alter, Menschen in sozialen Notlagen und Menschen, die durch nicht zu beeinflussende kriegerische oder politische Entwicklungen** zu uns kommen, in den Blick zu nehmen.
- Wir freuen uns, dass Menschen immer älter werden. Diese werden wir rechtzeitig durch **bauliche, unterstützende und informelle Maßnahmen** begleiten. Darüber hinaus möchten wir zusätzliche Angebote für ältere Menschen schaffen.
- Mit der **zunehmenden Altersarmut**, die durch viele niedrige Einkommen und die hohe Zahl der staatlich unterstützten Bürger scheinbar „vorprogrammiert“ ist, finden wir uns nicht ab. Wir werden diesen Missstand immer benennen und in den dafür zuständigen **Gremien Maßnahmen einfordern sowie vor Ort Beratungs- bzw. Begleitinitiativen einrichten.**
- Wir unterstützen:
 - **alle Gruppierungen, die sich gegen die (Selbst-)Isolation, Ausgrenzung sowie Verwahrlosung älterer Menschen kümmern.**
 - **die Förderung freier Wohlfahrtsverbände und Selbsthilfegruppen, freiwillige Agenturen usw.**
 - **die Erstellung bzw. Erneuerung aller Planungen, die sich mit der Entwicklung der Gesellschaft in unserer Stadt befassen.**
 - die **individuelle Beratung und Betreuung Einzelner** sowie die Vermittlung ambulanter stationärer Betreuung, Hilfe und Unterbringung im Bedarfsfall. Dabei sind auch gemischte Wohngemeinschaften, in denen die alten Menschen mit jungen Menschen zusammenleben, verstärkt in den Fokus zu nehmen und zu fordern.

- **Anreize für freiwillige soziale Dienste bzw. kleine soziale Arbeitsgruppen** in Einrichtungen wie Krankenhäusern, Behörden und Unternehmen.
- **Projekte zur Nachbarschaftshilfe, zur Verantwortung für das nahe Wohnumfeld** und zu Hilfen im Sozialraum, ohne damit die Aufgaben der Kommune in Abrede zu stellen.

- Wir wollen, dass die **Beratungen für ein freiwilliges soziales Jahr in den Schulen deutlich verstärkt werden. Kooperationen mit Institutionen und Einrichtungen, die sich dazu anbieten (z. B. Deutsches Rotes Kreuz, Technisches Hilfswerk, Arbeiter-Samariter-Bund, Diakonisches Werk, Caritas usw.)** sind in die Vorbereitungen zur Aufnahme von Tätigkeiten nach dem Schulabschluss aufzunehmen und jungen Menschen bei der Vorbereitung zur Seite zu stehen.
- Wir bekräftigen, dass **freie Trägerschaft Vorrang vor kommunalem oder staatlichem Handeln haben** soll. Das ist der **Kern des Subsidiaritätsprinzips**. Wir stehen weiterhin dafür ein, die **Verteilung von Haushaltsmitteln im Jugend- und Sozialbereich und in der Familienpolitik kritisch zu beleuchten**. Die vorhandenen Mittel müssen für eine umfassende und gerechte Förderung der genannten Bereiche zur Verfügung stehen.
- Wir möchten mit einem Haus der Bürgerschaft in der Altstadt einen Ort der Begegnung schaffen, in dem sich sowohl kulturelle Angebote als auch bürgerorientierte Verwaltungsangebote zentrieren. Dies dient auch der Belebung der Innenstadt. Zunächst sollen Verwaltungsangebote in die Innenstadt verlagert werden. Je nach Haushaltslage soll das Angebot sodann stetig erweitert werden.
- Wir setzen uns auch weiterhin für **eine flächendeckende, dezentrale und wohnortnahe ambulante medizinische Versorgung** ein. Wir wollen **Arzt und Ärztinnen sowie Apotheken vor Ort**.
- Wir wollen ein **Seniorenbüro im Rathaus**. Es soll **eine Anlaufstelle für alle Belange der Senioren** zu Fragen zu häuslichen Hilfen, Wohnen im Alter, Behördenangelegenheiten, finanzielle Fragen, Pflege, Ummeldungen und persönliche Anliegen sein.
- **Die Betreuungszeiten in den Kitas sollen bedarfsgerecht über die Kernzeiten hinaus ausgeweitet werden, um den Lebensrealitäten der Menschen in unserer Stadt gerecht zu werden.**
- Wir werden uns für die **Stärkung der offenen Jugendarbeit in den Jugendzentren der Stadt** einsetzen.
- Wir wollen die **Elternbeiträge in Kitas und offenen Ganztagschulen auch weiterhin stabil halten**.

- Wir werden die **Verkehrssicherheit vor Kitas weiter erhöhen**.
- Wir setzen uns dauerhaft für die **Öffnung von Grundschulspielplätzen für die Öffentlichkeit außerhalb der Schulzeiten** ein.
- Wir streben an, **den bestmöglichen Schutz von Kindern und Jugendlichen vor den Gefahren von Drogen, insbesondere den Cannabiskonsum**, zu gewährleisten, der gegen Empfehlungen der Fachärzteschaft legalisiert wurde.
- Die **Ausweisung weiterer potenzieller Kita-Standorte, um perspektivisch die Versorgungsquote auf 100% erhöhen** zu können, bleibt unser erklärtes Ziel.
- Mit uns wird es eine **Fortführung des Spielplatzkonzeptes und der guten Arbeit der Spielplatzkommission** geben.
- Wichtig ist uns, dass in Castrop-Rauxel das **Palliativnetzwerk ausgeweitet wird**. Ziel muss **eine flächendeckende und zielgerichtete Beratung** sein.
- Wir werden die **Betreuungsstellen für Ehrenamtliche stärken**.

VIII. Integration gemeinsam meistern

Wir setzen uns direkt vor Ort dafür ein, dass **Integration bei uns gelingt**. Die **gelungene Einwanderungs- und Integrationsgeschichte vieler Menschen in unserer Stadt** ist ein Beleg dafür, dass Integration zu einer Bereicherung werden kann.

Menschen aus anderen Ländern sollen sich bei uns **heimisch und zugehörig fühlen**, schnell die **deutsche Sprache erlernen, in den Arbeitsprozess integriert werden** und im Einklang mit **unserem Grundgesetz** in Frieden und Eintracht mit uns zusammenleben können.

Die Integration insbesondere der jungen Zuwanderer ist eine Schlüsselfrage für die Einheit unserer Gesellschaft. **Viele Menschen mit Migrationshintergrund haben sich gut in unsere Gesellschaft integriert. Ein Teil ist allerdings nicht in unserer Gesellschaft angekommen.**

Erfolgreiche Integration braucht das **Zusammenwirken der zugewanderten und der einheimischen Bevölkerung**.

Wir setzen dabei auf eine konsequente **Politik des Förderns und Forderns**. So bauen wir Integrationsversäumnisse und -mängel weiter ab, erwarten jedoch auch die Bereitschaft der Menschen mit Migrationshintergrund zur Teilhabe an unserer Gesellschaftsform.

Daher setzen wir uns konkret für folgende Punkte ein:

- Wir werden die **Einstellung von Lehrern mit dem Fach „Deutsch als Zweitsprache“** sowohl an den Schulen als auch bei den anderen Institutionen wie Volkshochschulen und Weiterbildungseinrichtungen deutlich forcieren.
- Wir setzen uns dafür ein, das vom Rat der Stadt Castrop-Rauxel verabschiedete **Integrationskonzept endlich mit allen Akteuren gemeinsam fortzuschreiben**.
- **Die Arbeit des Integrationsrates wollen wir optimieren.**
- **Die Arbeit der beim Bürgermeister angesiedelten Integrationsbeauftragten** ist in der Öffentlichkeit so gut wie nicht wahrnehmbar. Wir werden dafür sorgen, dass ein **deutlicher Hinweis auf der Homepage der Stadt Castrop-Rauxel** zur Integrationsbeauftragten mit eigener Rubrik ergänzt wird.
- Wir gewährleisten, dass jährlich ein **Integrationsbericht der Verwaltung dem Rat vorgelegt und veröffentlicht wird**.
- **Die Förderung der Sprachkompetenzen und des kulturellen Know-Hows** der Migranten soll **durch gemeinsame Projekte und Veranstaltungen** (z. B. interkulturelles Kochen, gemeinsame Ausstellungen, Computerkurse, Erwerb intellektueller, sozialer und handwerklicher Fähigkeiten, Gesprächs- und Arbeitskreise, Unterstützung bzw. Verpflichtung des Erwerbs deutscher Sprachkenntnisse) erfolgen. Die Veranstaltungen sollen einen integrativen Charakter haben und auch dazu dienen, dass sich die verschiedenen Kulturen kennenlernen und sie damit gegenseitiges Verständnis für die kulturellen und religiösen Besonderheiten entwickeln.
- Der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration sind **gute Deutschkenntnisse**. Wir werden uns daher für **pragmatische Lösungen** für die Schülerinnen und Schüler einsetzen, die sowohl in der Primarstufe als auch in der Sekundarstufe I und II unterrichtet werden und dem Unterricht aufgrund mangelnden Sprachverständnisses nicht folgen können. **Keine Alternative ist für uns muttersprachlicher Unterricht in unseren Grundschulen.**
- Wir ermuntern in unserer Kommune qualifizierte **Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, in der Verwaltung, bei der Polizei, in Kindergärten und in sozialen Berufen, aber auch in Ehrenämtern**, z. B. als Schulpaten und in der Politik tätig zu sein oder zu werden.
- **Unternehmer werden wir ermuntern und unterstützen, Jugendliche mit Migrationshintergrund nach der Schulausbildung als Auszubildende einzustellen**. Weitergehende Initiativen und Infotage von Unternehmen sind zu nutzen, Einladungen von Vertretern der IHK, der Handwerkskammer oder anderen Wirtschaftsakteuren sind auszusprechen und Kontakte zu Unternehmen aufzubauen.

- Notwendig ist zudem eine **Einbindung des Integrationsrates im Rahmen des Umgangs und der Integration von Flüchtlingen**. Insbesondere sollen die Integrationsratsmitglieder intensiv über die zur Verfügung stehenden Materialien, Aktionen und Fortbildungsveranstaltungen, die über den Landesintegrationsrat abgerufen werden können, unterrichtet werden.
- Die Einführung der **Bezahlkarte** in unserer Stadt auf Grundlage der gesetzlichen Regelungen des Landes NRW.
- Die Vernetzung aller Kompetenzen in der Stadtverwaltung zu dem Thema Asyl in einer Abteilung, beispielsweise beim Ordnungsamt. Hier sollen alle Fäden zusammenlaufen. Ziel ist es, dass die Asylsuchenden in Castrop-Rauxel, auch die Bewohner der Unterkunft an der B235, schnellstmöglich alle Voraussetzungen einer Integration erhalten. Nur durch einen schnellen Zugang zu Schulen für Kinder, einen Arbeitsalltag der Erwachsenen sowie einen normalen Alltag kann eine erfolgreiche Integration gelingen.

IX. Schulen nachhaltig und zukunftsfest aufstellen

Wir wollen eine Schullandschaft in Castrop-Rauxel gewährleisten, in der unseren Kindern und Jugendlichen gleichermaßen **vielfältiges Wissen, soziales Verhalten sowie die frühe Verinnerlichung demokratischer Grundregeln** vermittelt werden.

Leistungsfähige und allgemein akzeptierte Lernorte bilden für uns die unverzichtbaren Grundlagen für die Zukunft unserer Stadt. Folgende Punkte sind für uns dabei wichtig:

- Wir wollen **Schulen unter staatlicher Aufsicht**, die sich **unabhängig von Einflüssen von Parteien, Religionsgemeinschaften oder anderen Institutionen** im Rahmen des Grundgesetzes und der NRW-Landesverfassung organisieren. Verschiedentlich auch in unserer Stadt geäußerte Wünsche nach Gebetsräumen in den Schulen bzw. Trennung von Kindern und Jugendlichen nach Geschlechtern während des Unterrichtes in den Klassenräumen lehnen wir ab.
- Der **Unterricht** hat – mit Ausnahme in den bilingualen Klassen – ausschließlich **in deutscher Sprache** zu erfolgen. Forderungen nach muttersprachlichem Unterricht für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind unvereinbar mit dem Ziel einer raschen Integration. Das Erlernen der deutschen Sprache im Unterricht ist unabdingbare Voraussetzung für gute Zukunftschancen im Hinblick auf eine spätere Berufsausbildung oder eine akademische Laufbahn.
- Wir wollen trotz der unterschiedlichen familiären Voraussetzungen für alle unsere Kinder die **besten Startchancen und damit ein breites, begabungsgerechtes Schulsystem vor Ort, um alle Talente frühzeitig und gleichberechtigt zu entdecken und zu fördern**. Wir bekennen uns deshalb zu einem vielfältigen, transparenten und durchlässigen

Bildungsangebot. Jedes Kind ist einzigartig. Bei uns steht das einzelne Kind im Mittelpunkt.

- **Wir setzen auf eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Eltern und respektieren ihren Willen.** Es sind nicht zuerst die Lehrerinnen und Lehrer, sondern die Erziehungsberechtigten, die ihre Kinder in die Pflicht zu nehmen haben. Ihnen obliegt die Aufgabe, ihren Kindern ein ordentliches und sozialverträgliches Benehmen an den Schulen beizubringen und sowohl den Lehrern als auch den Mitschülern den notwendigen Respekt entgegenzubringen.
- Wir wissen um die unterschiedliche Begabung von Kindern und setzen deshalb auf ein **wohlabgewogenes Miteinander von gegliedertem und integrativem Schulsystem.** Wir stehen aus diesem Grund für **den langfristigen Erhalt, erforderlichenfalls den Ausbau und damit die Stärkung der beiden Gymnasien ASG und EBG, der Fridtjof-Nansen-Realschule (FNR), der Willy-Brandt-Gesamtschule (WBG) sowie der Neuen Gesamtschule Ickern an ihren derzeitigen Standorten.** An sämtlichen Standorten gibt es Möglichkeiten der Erweiterung bei vorliegender Notwendigkeit.
- **Alle weiterführenden Schulen müssen bei Bedarf erweitert werden können.**
- **Wir setzen uns für Profilvielfalt der Schulen ein.** Die Schulen sollten daher noch stärker als bislang ihre konkreten inhaltlichen Schwerpunkte kommunizieren und darüber hinaus ihre Besonderheiten hervorheben, die sie unterscheidbar machen.
- **Erforderlich werdende Umbauten, Anbauten, Übernahme von Gebäuden oder Neubauten sind so schnell wie möglich zu planen und auszuführen.** Zu den baulichen Maßnahmen gehört es auch, die Pausenhöfe als **Aufenthaltsräume attraktiver zu gestalten.** Eine **Teilentsiegelung der weithin asphaltierten Flächen** würde sich zusätzlich ökologisch vorteilhaft auswirken.
- Über das bestehende Angebot hinaus streben wir nach dem Auslaufen der Sekundarschule so schnell wie möglich ein **ortsnahes Angebot für die Kinder mit einer Hauptschulempfehlung** an. Es hat sich herausgestellt, dass die Realschule und die beiden Gesamtschulen sich nicht in der Lage sehen, das wachsende Potenzial dieser Kinder in ihre Systeme zu integrieren. **Die Kinder und ihre Eltern dürfen jedoch nicht allein gelassen werden.**
- **Die von der Landesregierung und der Bezirksregierung Münster aufgezeigten Handlungsoptionen für den Schulträger wollen wir daher weiterverfolgen.**
- Wir stehen für den **Erhalt und den Ausbau der Förderschulen in unserer Stadt.** Deshalb sind auch die **Standorte der Martin-Luther-King-Schule in Rauxel und Ickern sowie der Hans-Christian-Andersen-Schule in Deininghausen zu stärken und auszubauen.**

- Das in Trägerschaft des Kreises befindliche **Berufskolleg in Habinghorst** hat insbesondere im Hinblick auf die sich heute schon dramatisch auswirkenden Engpässe in den **Handwerks-, Erziehungs- und Pflegeberufen einen ganz besonderen Stellenwert für unsere Stadt und unsere Gesellschaft**. Wir wollen und brauchen für unsere Kinder und Jugendlichen eine **Vielfalt der Bildungswege**, die ihnen den Zugang zu allen Lebensentwürfen eröffnet und sich nicht ausschließlich auf einen akademischen Abschluss fokussiert. Für uns gilt das Ziel: Kein Schulabschluss ohne schulischen/beruflichen Anschluss.
- Die angespannte Situation an den **Grundschulen insbesondere im Süden** unserer Stadt ist bereits, wie von uns vorgeschlagen, durch die **Umwidmung der Sekundarschul-Gebäude an der Kleinen Lönsstraße, den Erhalt der Schule Am Hügel (alt) und der Erweiterung der Wilhelmschule auf eine mögliche durchgängige Dreizügigkeit entschärft worden**. Bei weiter steigendem Bedarf muss die **Grundschullandschaft entsprechend angepasst werden**.
- Zur **Schulvielfalt** in Castrop-Rauxel zählen des Weiteren die seit jeher gut nachgefragten **katholischen Bekenntnisschulen Elisabethschule in Obercastrop und der Grundschule Alter Garten in Henrichenburg**.
- Eine **gute, kindgerechte und pädagogisch wertvolle Betreuung an den Grundschulen außerhalb der Schulzeiten** im Rahmen der Offenen Ganztagsgrundschule (OGS) ist uns ein besonderes Bedürfnis. Eine große Herausforderung in diesem Zusammenhang stellt die Umsetzung des Rechtes auf Betreuung in den kommenden Jahren dar. **Sicherzustellen sind sowohl die räumlichen Voraussetzungen als auch das Personaltableau**.
- **Wir begrüßen das von der Elisabethschule entwickelte Ümi-Modell, eine Art „OGS light“**, nach dem die Kinderbetreuung vor dem Mittagessen um 13.30 Uhr endet. Die Nachfrage ist bereits für das Schuljahr 2024/25 sehr groß gewesen, so dass es auch an der Marktschule Ickern und der Schule Alter Garten in Henrichenburg übernommen worden ist. Nach der Pilotphase im Sommer 2025 soll das neue Angebot evaluiert und auch an anderen Grundschulen denjenigen Eltern angeboten werden, die ihr Kind bereits mittags wieder in Eigenbetreuung übernehmen wollen. Das Ümi-Modell wird nicht nur dem Elternwillen stärker gerecht, sondern entlastet auch maßgeblich die OGS-Systeme an unseren Grundschulen.
- Wir setzen uns in allen Schulen für ein **warmes Mittagessen, das schmackhaft, akzeptiert, gesund und bezahlbar** sein muss, ein. Die von der Schulverwaltung im Frühjahr 2024 verfasste Absichtserklärung beinhaltet gute Grundsätze einschließlich des darin formulierten Ziels eines flächendeckenden Angebotes von **Wasserspendern sowie Obst- und Gemüsesnackbars**.
- **Kein Kind darf aus finanziellen Gründen von der Teilnahme am Schulessen ausgeschlossen werden**. Ein **transparentes und flexibles An- und Abmeldeverfahren im Hinblick auf das Schulessen** ist für uns unverzichtbar. Unplanbare Fehlzeiten wie

Krankheit dürfen nicht dazu führen, dass Schulessen bezahlt werden müssen, ohne dass es tatsächlich auch zum Verzehr kommt.

- Wir wollen die **Digitalisierung** an den Schulen unserer Stadt stärken. Insbesondere soll sich die Stadtverwaltung als Ansprechpartner für die Schulen im Bereich Digitalisierung verstehen und sie damit umfassend unterstützen.
- Wir setzen uns für mehr **Sauberkeit** an Schulen ein. Insbesondere die Sauberkeit auf den Schultoiletten wollen wir in den Blick nehmen.

X. Bürgerbeteiligung mit einem klaren Rahmen ausbauen

Wir stehen für echte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in Castrop-Rauxel. In den vergangenen Jahren konnten **wir wichtige Eckpfeiler zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements voranbringen**.

Angebote zur Beteiligung müssen gut aufeinander abgestimmt sein und einen **klaren Rahmen** geben, der von den Akteuren akzeptiert und beachtet wird. Folgende Bausteine wollen wir umsetzen:

- **Unsere Idee des erfolgreichen Bürgerbudgets werden wir erhalten und verstetigen.** Mit dem Bürgerbudget haben wir Vereinen, Verbänden und vielen Engagierten die Möglichkeit gegeben, Projekte für die Stadtteile zu finanzieren und umzusetzen. Deshalb setzen wir uns für den Erhalt, aber auch die mittelfristige Aufstockung zur Umsetzung ehrenamtlicher Projekte in den Quartieren und Stadtteilen ein.
- Insbesondere **für die junge Generation** werden wir unser **Konzept eines Jugendbudgets** nun endlich umsetzen. Das stärkt die Demokratie und bindet zukünftige Generationen aktiv an die kommunalpolitische Arbeit.
- Unser Konzept des **interaktiven Haushalts werden wir stetig weiterentwickeln**.
- **Digitale Formate werden wir zielgerichtet einsetzen. Durch Online-Umfragen, Ideenkarten und weitere digitale Angebote** gehen wir einen weiteren innovativen Schritt. Auf diese Angebote werden wir umfassend aufmerksam machen.
- Wir werden **qualitative und prozessuale Standards für Beteiligung** aufstellen. Die Niederlegung der wichtigsten **Grundsätze in einer Satzung** wollen wir dazu nutzen, Bürgerbeteiligung verlässlich und nachhaltig für Castrop-Rauxel zu sichern.
- Als **Schnittstelle zwischen den Fachbereichen** werden wir innerhalb der Verwaltung eine echte **Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung** im Bürgermeisterbüro schaffen. Sie soll die zentrale Service-Einheit für alles rund um das Thema Bürgerbeteiligung

sein. Damit sollen die Beratung der Fachämter bei der Entwicklung von Beteiligungskonzepten und Durchführung von Beteiligungsverfahren sowie die Unterstützung der Fachämter bei Aufbau und Begleitung von projektbezogenen Bürgerbeteiligungsgremien optimiert werden.

- Mit uns wird der **Kompetenzaufbau für Bürgerbeteiligung in den Fachämtern** der Stadtverwaltung durch Wissenstransfer, Austausch und Fortbildungsangebote **weiter gestärkt**.
- Wir **entwickeln die Cas-App zur unkomplizierten digitalen Kommunikation** zwischen Bürgern und Verwaltung ständig fort.
- Wir schaffen **faire Rahmenbedingungen für Bürgerbegehren/Bürgerentscheide**. Kernpunkte dabei sind die Zusammenlegung von Bürgerentscheiden mit Wahlen, eine zügige und umfassende Beratung durch die Verwaltung und eine **breite Information der Bürgerinnen und Bürger**. Daher wollen wir auf der **städtischen Homepage einen Link für die Bürgerbegehren/Bürgerentscheide** einrichten lassen. Hier sollen **verständlich und unkompliziert Hinweise, Tipps und Ratschläge zu Voraussetzungen, Ablauf und Verfahren** gegeben werden.
- Die von uns initiierte **digitale Vorhabenliste werden wir erhalten und fortentwickeln** damit die Bürgerinnen und Bürger bestmöglich Informationen erhalten, welche Vorhaben in den nächsten Monaten und Jahren im eigenen Stadtteil umgesetzt werden und welche eigenen Ideen sie einbringen können.
- Es sollen weitere Formate der Bürgerbeteiligung geschaffen bzw. bereits vorhandene Formate stärker genutzt werden. So stehen wir für regelmäßige Bürgerworkshops oder Informationsveranstaltungen. Insbesondere sollen innerhalb eines Stadtteils regelmäßig Veranstaltungen stattfinden, in denen die Planungen und Aktionen eines Stadtteils näher erläutert werden.
- Wir werden **einen echten Bürgerausschuss im Rat der Stadt** einsetzen. Das erreichen wir durch
 - die Einrichtung einer **unkomplizierten Kontaktaufnahme** auf der städtischen Homepage sowie eine zu erstellende Infobroschüre und eine noch **breitere Öffentlichkeitsarbeit**,
 - **Besuche des Ausschusses in Schulen zur Vorstellung der Arbeit des Rates**,
 - **Infostände des Ausschusses in Stadtteilen**,
 - **Bereitstellung von Vorlagen für Bürgerinnen und Bürger sowie Ratsmitglieder zu den einzelnen Tagesordnungspunkten**,
 - **frühzeitige Bekanntgabe von Sitzungstermin und -ort sowie Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln** und
 - einen **jährlichen Bericht der/des Ausschussvorsitzenden über die Tätigkeit im Rat**.

XI. Unsere Demokratie vor Ort stärken

Unsere **Verfassung, unsere Demokratie** und das **Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung** sind eine Erfolgsgeschichte.

Wir stellen uns gegen jede Form des politischen Extremismus. Wir sagen Antisemitismus und Rassismus den Kampf an. Dafür braucht es in unserer Stadt auch in Zukunft **Demokratieförderung und breite Erinnerungskultur.**

Es gilt, sich auf Grundwerte zu besinnen und **ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass diese Grundwerte auch immer wieder verteidigt werden müssen: Menschenwürde, Demokratie, Meinungsvielfalt, Toleranz und Respekt.**

Seit vielen Jahren gibt es in Castrop-Rauxel eine **Vielzahl von Vereinen, Organisationen, Bündnissen, Schulen und Gruppen, die sich für Demokratieförderung und Erinnerungskultur zur NS-Vergangenheit mit vielfältigen Angeboten für die Stadtgesellschaft einbringen.** Dabei wird auf die zurückliegenden Taten immer wieder durch öffentliche Erinnerungen, Aktionen, Veranstaltungen, bürgerschaftliches Engagement und das Engagement von Vereinen und Verbänden aufmerksam gemacht.

Es gilt nun, **unter breiter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie des Kinder- und Jugendparlamentes diese erfolgreichen Kräfte zu bündeln, zu stärken und ein städtisches Gesamtkonzept zu erstellen.** Es sollen dabei bisherige bewährte Bausteine evaluiert und mit neuen Elementen verbunden werden. Ganz konkrete Bausteine dabei sind für uns:

- Die von uns beantragte **Mitgliedschaft im Riga Komitee ist nunmehr durch Gedenkfahrten, Erinnerungsarbeit und in Projektkooperationen mit den Schulen mit Leben zu füllen.**
- Die Angebote des Vereins **„Zweitzeugen e.V. in Form der ZWEITZEUGEN-Ausstellung für Jugendliche und Workshops sowie Projekttagen in Schulen** wollen wir nutzen. Die persönlichen Lebensgeschichten Holocaust-Überlebender können unsere Gesellschaft verändern.
- Wir setzen uns für eine **alljährliche, stadtweite Projektwoche zum Grundgesetz rund um den 23. Mai ein,** denn das Grundgesetz ist mit Blick auf die deutsche Verfassungsgeschichte ein herausragender Erfolg und nicht nur ein stabiles Fundament unseres freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates, sondern zugleich auch eine reichhaltige Quelle für gesellschaftlichen Zusammenhalt und für die innere Integration unseres Staates.
- Wir sorgen dafür, dass **alle Institutionen und Träger, mit denen die Stadtverwaltung derzeit oder künftig zusammenarbeitet oder deren Projekte finanziert, sich nachweislich und zweifelsfrei zu unserer, durch das Grundgesetz geschützten, freiheitlich demokratischen Rechts- und Werteordnung bekennen und diese in ihrer Arbeit leben.** Dies beinhaltet ausdrücklich die Ablehnung jeglicher Form von gruppenbe-

zogener Menschenfeindlichkeit, insbesondere Rassismus und Antisemitismus, wie er von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) definiert wird. Dies schließt zudem ein unmissverständliches **Bekenntnis zum Existenzrecht Israels** ein.

- Wir wollen prüfen, ob, und wenn ja, wie **das Angebot des Zentralrats der Juden mit dem Projekt „meet a jew“ regelmäßig genutzt werden kann**. Jüdinnen und Juden sind Arbeitskollegen/innen, Mitschüler/innen, Nachbarn/innen. Doch selten besteht für viele die Möglichkeit, bewusst miteinander ins Gespräch zu kommen. Deswegen gibt es Meet a Jew. In persönlichen Begegnungen können ganz individuelle Einblicke in die Vielfalt des jüdischen Lebens in Deutschland gegeben werden.
- Wir werden eine **digitale Karte zu Gedenkorten im Stadtgebiet** realisieren. Diese Karte verortet die **Gedenktafeln, Mahnmale und Stolpersteine** als beispielhafte Zeichen einer gemeinsamen Gedenkkultur.
- Für uns ist es enorm wichtig, dass seitens der **Schulen regelmäßige Besuche der Synagoge in Recklinghausen** angeboten werden.

XII. Sport gemeinsam erleben

In Nordrhein-Westfalen treiben fast zwölf Millionen Menschen regelmäßig Sport. In den über 17.000 Sportvereinen sind mehr als fünf Millionen Sportlerinnen und Sportler engagiert, dazu kommen noch mehr als eine halbe Million im Ehrenamt. Unsere Stadtgesellschaft in Castrop-Rauxel ist ein aktiver Teil davon.

Sport schafft einen Ausgleich zum Schul- und Berufsalltag und fördert das soziale Miteinander. Die **Sportvereine und ihre Angebote sind ein Aushängeschild unserer Stadt**. Sie leisten zudem einen wichtigen Beitrag bei Jugendbetreuung, Integration und Gesundheitsvorsorge.

Wir wollen die **Vielfalt der angebotenen Sportarten und Sportvereine in Castrop-Rauxel stärken** durch:

- die **zielgerichtete und effektive Nutzung der vom Land gewährten Sportpauschale** zur Erhaltung einer kommunalen und modernen Sportstätteninfrastruktur,
- die **Sportstättenförderung mit einer modernen und zukunftsfähigen Sportraumkonzeption**, die neben der zentralen Weiterentwicklung klassischer Sportstätten auch eine **sportfreundliche, bewegungsaktivierende, barrierefreie und nachhaltige kommunale Sport- und Bewegungsrauminfrastruktur** für alle Bevölkerungsgruppen im Blick hat,
- **Beteiligung der Vereine bei der Weiterführung und Erstellung eines tragfähigen Sportstättenkonzeptes** für die Zukunft,

- zügige Entwicklung einer Bezirkssportanlage auf der Fläche des ehemaligen Kraftwerks Rauxel unter Einbindung der Vereine VfB Habinghorst und SC Victoria Ickern,
- die ständige Vertretung des Stadtsportverbandes in den betroffenen Fachausschüssen,
- die Anhörung der Vereine bei Bau- und Modernisierungsmaßnahmen,
- die Erstellung eines Maßnahmenkataloges in Kooperation mit den Sportvereinen und der Polizei gegen Gewalttaten auf Sportanlagen und
- die Fortführung der durch uns durchgeführten jährlichen Auszeichnung und Präsentation der Sportler/innen des Jahres in Castrop-Rauxel.

XIII. Lebendige Kultur erhalten

Kultur macht unsere Stadt lebenswert. Wir setzen auf ein **vielfältiges Kulturleben** in Castrop-Rauxel. Dafür muss eine **entsprechende Infrastruktur** seitens der Stadtverwaltung bereitgestellt werden.

Das Westfälische Landestheater (WLT) mit seinem kulturellen und pädagogischen Profil ist aus unserer Stadt und dem Land nicht mehr wegzudenken. Die Stadtbibliothek ist ein beliebter Publikumsmagnet in der Altstadt.

Das Bürgerhaus und das Kulturzentrum Agora stellen beispielhaft weitere Angebote im Kunst- und Kulturbereich dar. Wir wollen daher:

- die Unterstützung der vorhandenen Kultureinrichtungen wie WLT, VHS, Bürgerhaus und Agora,
- die Förderung der kulturtragenden Vereine und Initiativen sowie der Arbeitskreise für Stadtgeschichte, Heimat und Kultur,
- die Anerkennung von privaten und kirchlichen Chorgemeinschaften und Musikaufführungen,
- den Erhalt der Stadtbibliothek,
- die Stärkung der Städtepartnerschaften,
- die Wahrung der Brauchtums- und Traditionspflege durch Unterstützung unserer Schützenvereine sowie des wiederbelebten Rennbahnvereins,

- **den Einsatz der Wirtschaft & Marketing Castrop-Rauxel GmbH für kulturelle Veranstaltungen**, wie etwa ein Kleinkunstfestival in der Altstadt sowie Schaffung eines Unterstützungsangebots für kulturelle Initiativen und Theatergruppen,
- **ein verstärktes Marketing und Veranstaltungskonzept für den Kulturplatz Leo** und
- **die Attraktivierung von Bürgerhaus und ASG-Aula.**

XIV. Chancen der Digitalisierung nutzen

Die **Digitalisierung ist trotz aller Herausforderungen eine Chance für die Stadtverwaltung Castrop-Rauxel und ihrer kommunalen Unternehmen.** Wir wollen daher zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie der **Wirtschaft digitale Angebote schaffen, um die Attraktivität unserer Stadt zu garantieren.**

Wir verstehen es als unsere Aufgabe, dass dazu die **notigen Voraussetzungen hinsichtlich der Verfügbarkeit, aber auch hinsichtlich der Datensicherheit geschaffen werden.** Mit Digitalisierung erzielen wir **weitere Schritte zu einer bürgernahen und bürgerorientierten Verwaltung und einem nachhaltigen Bürokratieabbau.** Wir werden uns konkret einsetzen für:

- eine **fortlaufende Modernisierung und Aktualisierung der städtischen Homepage** im Internet,
- ein **verbessertes Anregungs- und Beschwerdemanagement** durch regelmäßige und fortlaufende Informationen über den Bearbeitungs- und Sachstand,
- den **Aufbau eines digitalen Bürgerbüros zur flexiblen Abwicklung von Behördengängen** und zur digitalen Korrespondenz,
- die **digitale Bauakte,**
- **Lösungen für Vertretungsregeln z.B. bei Urlaub, Krankheit usw. zur Weiterbearbeitung der Fälle,**
- **digitale Formulare, die für Bürgerinnen und Bürgern online ausgefüllt und nicht im Nachgang wieder ausgedruckt werden müssen,**
- eine **Stadtverwaltung, die sich in erster Linie nicht nur als „genehmigende Behörde“, sondern als eine „beratenden Behörde“ sieht** und weiterentwickelt,
- eine **digitale, smarte und nachhaltige Versorgungs- und Verkehrsinfrastruktur** und

- die Digitalisierung an den Schulen, einschließlich eines schulübergreifenden IT-Support Systems, das den Unterricht mit digitalen Formaten gewährleistet.

XV. Ehrenamt ist für uns Ehrensache

Eine starke Demokratie lebt von aktiven Bürgerinnen und Bürgern, die im Sinne des **Gemeinwohls mitgestalten**. **Ehrenamt ist aktiver Ausdruck individueller Teilhabe**, gesellschaftlicher Integration und sozialer Bindungen und ein Beitrag zum kulturellen Leben oder zur Gesundheit und damit zu stabilen demokratischen Strukturen.

Ob bei den Freiwilligen Feuerwehren, dem Technischen Hilfswerk (THW), dem Deutschen Roten Kreuz sowie anderen Hilfsorganisationen, Stadtteilvereinen, in sozialen Einrichtungen, in Kirchen oder Vereinen – wir brauchen das ehrenamtliche Engagement.

Wir erkennen und würdigen das vielfältige bürgerschaftliche Engagement in Castrop-Rauxel, denn Ehrenamt findet vor Ort statt.

Für uns gelten dabei folgende Grundsätze:

- Wir ermuntern die Menschen zur aktiven Mitwirkung und schaffen entsprechende Möglichkeiten. Ein **Kernprojekt** dabei ist und bleibt für uns das **Bürgerbudget**.
- Wir stehen zur **Beteiligung der Stadt am Projekt Ehrenamtskarte**.
- Die **jährliche Auszeichnung von ehrenamtlichem Engagement durch den CDU-Stadtverband** im Rahmen des Neujahrsempfangs ist und bleibt für uns auch nach über 20 Jahren weiterhin Ehre und Verpflichtung.
- Wir wollen, dass die **Stadtverwaltung als Mittler die Serviceangebote der Deutschen Stiftung für Ehrenamt und Engagement** wie Beratung, Qualifizierung, Vernetzung und Begleitung für ehrenamtlich und bürgerschaftlich Engagierte breit und intensiv nutzt.
- Wir wollen ein **Seniorenbüro in der Stadtverwaltung**. Die demographische Entwicklung führt zu einem wachsenden Anteil älterer Menschen in unserer Gesellschaft. Viele von ihnen möchten sich auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Berufsleben noch aktiv engagieren oder auch **Angebote von Ehrenamtlichen** in Anspruch nehmen.
- Wir wollen eine Patenschaft für die Pflege von städtischen Grünflächen einführen. So können sich Bürgerinnen und Bürger für das Gemeinwesen ehrenamtlich engagieren und das Stadtbild wird deutlich aufgewertet.

XVI. EUV-Stadtbetrieb

Der EUV bündelt seit Jahrzehnten Kompetenzen in den verschiedensten technischen Bereichen und ist ein zuverlässiger, nicht mehr wegzudenkender **Dienstleister** für die Bürger der Stadt, aber auch für die Stadtverwaltung.

Allerdings steht auch der EUV vor erheblichen Herausforderungen. Neben der nachhaltigen und kostengünstigen Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Entsorgung und neuerdings auch den Betrieb der Friedhöfe bedarf es aus unserer Sicht einer **verstärkten Information und Einbeziehung der Bürger**. Wir fordern daher mehr Bürger-Dialoge, eine direkte Ansprache und Information der Nutzer nicht nur in den Bereichen Grundsteuer und Friedhofsgebühren. Dies sind aus unserer Sicht wesentliche Bestandteile der Kundenbindung eines kommunalen Dienstleisters.

Der EUV stellt im Bereich des Veranstaltungsmanagements („Castrop-Rauxel kocht über“, Kirmessen etc.) seine technischen Kompetenzen für die Stadt und ihre Stadtmarketing- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft zur Verfügung. Die **verschärfte Sicherheitslage** bei der Durchführung von Veranstaltungen bedeutet zukünftig die Notwendigkeit einer **noch stärkeren Zusammenarbeit zwischen EUV, Feuerwehr, Bereich Ordnungswesen, aber auch THW bei der Organisation und Absicherung von Veranstaltungen**. Darüber hinaus stellen die verstärkten Vandalismus-Schäden an städtischen Einrichtungen den EUV vor neue Herausforderungen.

Im Rahmen der Flächenentwicklung bedarf es einer weitaus **engeren Vernetzung zwischen dem EUV als Eigentümer und Entwickler von Grundstücken** sowie dem Bereich Stadtplanung und dem kommunalen Beteiligungsmanagement in der Finanzverwaltung. Hierbei gilt es auch, weitere Synergien zu heben, um die städtische Wohnungsentwicklungsgesellschaft ECAS stärker in Form von Bauprojekten sichtbar zu machen.

Mit Blick auf die Umsetzung der Aufgabenbereiche des EUV setzen wir uns für Folgendes ein:

- Im Bereich der **Straßensanierung** zeigt sich eine unkoordinierte und unzureichende Behebung der Straßenschäden. Statt die Straßen zu sanieren, wird die Asphaltdecke – wenn überhaupt – häufig nur geflickt. Wir fordern daher **nachhaltige Sanierungsmaßnahmen mit einer erhöhten Lebensdauer**. Vorrangig sollen hierbei Straßen übergeordneter Bedeutung saniert werden. Darüber hinaus müssen übergeordnete Baulastträger konsequenter vom EUV in die Pflicht genommen werden.
- Die Schaffung einer Baumaßnahmen-Karte auf der städtischen Homepage. Hier kann sich an der heutigen Umsetzung einer solchen Karte in den Städten Essen oder Bochum orientiert werden.
- Wir setzen uns weiterhin für eine Kostenstabilität der Gebühren ein. Zu hohe Gebühren dürfen das Wohnen in Castrop-Rauxel nicht übermäßig verteuern. Einsparpotentiale sollen konsequenter genutzt werden.

- Das Stadtgebiet ist teilweise von **Unsauberkeit, Schmierereien und Vermüllung** geprägt. Insbesondere die Entsorgungsstationen (beispielweise Altkleidercontainer) werden häufig vermüllt zurückgelassen. Eine mobile Reinigungskolonne oder auch unterirdische Entsorgungsstationen können Abhilfe schaffen.
- Ein **sauberes Erscheinungsbild trägt zu einer attraktiven und lebenswerten Stadt** bei. Es fehlt allerdings an ausreichender **Grünpflege** im Stadtgebiet. Es gibt zahlreichen Wildwuchs an den Straßen. Auch laden Parks, wie der Stadtgarten, aufgrund der Unsauberkeit nicht mehr zum Verweilen ein. Wir möchten daher die Grünfläche wieder in den Fokus nehmen und setzen uns für ein Konzept ein, welches die Pflege der Grünflächen trotz schwieriger Finanzlage der Stadt ermöglicht. Beispielsweise könnten hier **Patenschaften zur Pflege von städtischen Grünflächen** zur Sauberkeit des Stadtgebietes beitragen.
- Mit Blick auf die Koordinierung der Grünpflege setzen wir uns für ein **Grünpflegekataster** ein, das die Grünpflege in ihrer Priorisierung, ihrer Regelmäßigkeit und der Art der Pflegearbeiten regelt.

XVII. Stadtwerke

Wir bekennen uns zu den Stadtwerken Castrop-Rauxel als **wirtschaftlichen und nachhaltigen Versorger** auf lokaler Ebene. Mit der Gelsenwasser AG haben die Stadtwerke einen kompetenten Partner, der technisches und wirtschaftliches Know-How in die Stadtwerke einbringt. Der Kauf der Versorgungsnetze für Strom und Erdgas in Kombination mit dem Alt-Betreiber Westnetz haben und werden auch in der Zukunft erhebliche finanzielle Aufwendungen erfordern, um die Netze nachhaltig betreiben zu können.

Die CDU sieht die Stadtwerke daher als einen **wichtigen Akteur zur Bereitstellung sicherer und günstiger Energie** für die lokale Bevölkerung. Darüber hinaus sind die Stadtwerke ein wichtiger Akteur der **kommunalen Wärmeplanung**. In diesem Zusammenhang sollen die Stadtwerke mit dem EUV sowie dem örtlichen Handwerk zusammenarbeiten, um gemeinsam nachhaltige und kostengünstige Lösungen für den Endabnehmer bereitstellen zu können.

Die zukünftige Entwicklung einer **bezahlbaren Energieversorgung** stellt die Stadtwerke Castrop-Rauxel vor erhebliche Herausforderungen. Wir setzen uns daher dafür ein, die Integration des bisherigen Uniper Fernwärme-Netzes in einer gemeinsamen Gesellschaft, anstatt Stadtwerken und Uniper zu prüfen, gerade auch im Hinblick auf möglicherweise alternative Nutzungen durch **Wasserstoff**. Hierbei bedarf es einer sorgfältigen Abwägung wirtschaftlicher Risiken und notwendiger Investitionen durch die Stadtwerke und ihre Gesellschafterin Stadt Castrop-Rauxel.

Im Rahmen ihrer lokalen Daseinsfürsorge fordern wir einen **garantierten und reibungslosen Netzbetrieb in der gemeinsamen Netzgesellschaft** für die Endkunden. Ein kundenfreundliches, lokal vernetztes Unternehmen sollte sich hier durch besondere Kundenfreundlichkeit von Mitbewerbern/innen unterscheiden.

Darüber hinaus halten wir weiterhin an dem bei der Gründung der Stadtwerke erklärten Ziel fest, dass die Stadtwerke einen **dauerhaften Beitrag zum defizitären Haushalt** der Stadt Castrop-Rauxel leisten soll.

Mit **der Elektromobilität** zeigt sich eine neue Herausforderung, der sich die Stadtwerke intensiver annehmen muss. Insbesondere ist sicherzustellen, dass die bereits vorhandenen Ladesäulen stets in Betrieb sind. Darüber hinaus müssen im Stadtgebiet **weitere Ladesäulen** geschaffen werden. Zudem ist zu prüfen, ob es aufgrund des vorhandenen Parkdrucks in vielen Siedlungen sinnvoll ist, einen **Ladepark** zu schaffen.

XVIII. Wir sind vor Ort in den Ortsteilen

Wir sind in allen Ortsteilen der Stadt mit Ortsverbänden aktiv und wollen auch in Zukunft ansprechbar für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort sein. Deswegen machen wir auch konkret inhaltliche Angebote für die Themen, die ganz konkret in den Ortsteilen eine Bedeutung haben.

1. Castrop/Altstadt

Der Ortsteil Castrop steht insbesondere für eine **attraktive Altstadt als stadtweit identitätsstiftendes Zentrum von Gastronomie, Handel und gesellschaftlichem Leben**. Dazu gehören ein starker Einzelhandel vor Ort, Aufenthaltsqualität und eine gute Erreichbarkeit sowohl mit dem Auto als auch mit dem Fahrrad und dem ÖPNV. Diese Eigenschaften wollen wir stärken durch:

- den **Erhalt der Parkplätze im Zentrum**,
- **intensive Bestreifung des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD)** in Bezug auf Angsträume am Stadtgarten, der Oberen Münsterstraße, am Münsterplatz, am Kulturplatz Leo und im Erinpark,
- die **Erhöhung der Ordnung und Sauberkeit** in diesen Bereichen, da sie dem Handel und der Erholung dienen sowie das Stadtbild prägen,
- die **Erhöhung der Mobilität und Sicherheit für den Radverkehr** in der Innenstadt durch ein **vernünftiges Leitsystem**,
- temporäre **Nutzung von Leerstandsimmobilien als Radstationen**,
- ein **Parkleitsystem für den PKW-Verkehr** zur Erhöhung der Erreichbarkeit,
- die Realisierung einer **direkten Zufahrt von der Herner Straße** zur Altstadt,

- **den Ausbau von kostengünstigen Ladesäulen für Elektrofahrzeuge,**
- eine ausreichend **getaktete Anbindung des ÖPNV an den Bochumer Hauptbahnhof,**
- **den Erhalt des Wochenmarkts in der Fußgängerzone** entsprechend des Händler- und Bürgervotums. Die Besucherfrequenz in der Fußgängerzone hat sich dadurch merklich erhöht und es stehen gerade samstags mehr Parkplätze in der Altstadt zur Verfügung.
- **die Reduzierung der Kirmesveranstaltungen auf die Herbstkirmes.** Der Handel in der Altstadt wird durch Kirmesveranstaltungen erheblich beeinträchtigt. Viele Menschen schätzen jedoch die Traditionsveranstaltungen.
- **die Schaffung von weiteren Spielmöglichkeiten für junge Familien in der Altstadt.** Die **Spielplätze im Stadtgarten und an der Kreuzstraße** sind zu erhalten und insbesondere die Spielstätte im Stadtgarten attraktiver auszubauen. Dieser Standort wird erfreulicherweise sehr gut von jungen Familien angenommen.
- die Errichtung **weiterer, erforderlicher Abfallbehältnisse im Stadtgarten,** da diese zur Zeit häufig stark „vermüllt“ sind,
- **die Schaffung zusätzlicher und Reparatur bestehender Sitzmöglichkeiten** für Besucherinnen und Besucher der Altstadt,
- **den Erhalt der Stadtbibliothek** als beliebter Publikumsmagnet in der Altstadt. Sie soll auch **einmal im Monat an Samstagen Anlaufstelle für die Dienstleistungen des Bürgerbüros** werden.
- **die Prüfung des kostenfreien Parkens an Samstagen** zur Stärkung des Handels und Belebung der Altstadt,
- **eine Regulierung der Überpopulation von Gänsen und Tauben im Stadtgarten** bzw. in der Altstadt durch tiergerechte Maßnahmen. An verschiedenen Orten, wie etwa an der Oberen Münsterstraße, sind **Rattenproblematiken** wahrnehmbar, die durch **nachhaltige Maßnahmen** endlich gelöst werden müssen.
- die dauerhafte **Optimierung des Stadtbildes durch regelmäßige Grünpflege,**
- **die dauerhafte Entwicklungsperspektive für den Bunker am Münsterplatz,** damit der jetzige Zustand nicht mehr das Stadtbild stört. In diese Überlegungen sollen auch Entwicklungen des ehemaligen Poststandortes einbezogen werden.
- eine Attraktivitätssteigerung der Altstadt als Kernaufgabe der Wirtschaftsförderung. Sie soll abgestimmt mit der Kaufmannschaft und den Bürgerinnen und Bürgern Maßnahmen und Veranstaltungen koordinieren und organisieren, die den Handel beleben,

Leben in die Stadt bringen und das Stadtbild erhalten bzw. verbessern. Dazu dient auch die von uns beantragte Ideenwerkstatt.

- **die Behebung des desolaten Zustandes des Naturlernpfads an der Emschertalbahnunterführung** an der Rennbahn u.a. durch ein Kunstprojekt mit weiterführenden Schulen,
- **die zügige Entwicklung des ehemaligen Fuhrparkgeländes** im Einvernehmen mit dem Eigentümer. Wir wollen dort eine **stadtnahe Wohnbebauung** ermöglichen. So wird der städtische Haushalt durch den Wegfall der Pacht entlastet und die Wohnqualität gesteigert. Das ehemalige Fuhrparkgelände der Stadt an der Herner Straße ist nicht nur ein optischer Schandfleck, sondern auch ein gefährlicher Ort, weil er von wohnungslosen Menschen zur Übernachtung und von jungen Menschen als Abenteuerspielplatz genutzt wird. Obendrein kostet dieser zentrumsnahe Ort die Stadt aufgrund eines langfristigen Pachtvertrages ohne jeden Nutzen sehr viel Geld.
- **eine angemessene Nachnutzung des Geländes an der Frebergstraße** nach Realisierung des Neubaus der Hauptwache der Feuerwehr an der B235. Wir wollen dort sinnvolle Nachnutzungsmöglichkeiten für die Stadt prüfen oder alternativ eine Wohnbebauung ermöglichen, die sich gut in die Ein- und Zweifamilienhausstruktur der Nebenstraßen einfügt.
- ein barrierefreies Pflaster in der Altstadt und **einen barrierefreien Ausbau der Regionalbahnhaltestelle Castrop-Rauxel Süd**.

2. Frohlinde

Wir wollen Frohlinde als lebenswerten Stadtteil fortentwickeln und stärken. Daher stehen wir für:

- **die Instandsetzung des historischen Pflasters Mühlenkamp**. Der Zustand des dort verlegten historischen Kopfsteinpflasters ist in den letzten Jahren zusehend schlechter geworden. Es ist mittlerweile nicht mehr möglich, mit dem Fahrrad die Straße zu befahren. Seit dem Rückbau der alten Oberleitung fehlt die Beleuchtung im mittleren Teil. Viele Frohlinder Bürgerinnen und Bürger und Wandergruppen schätzen aber gerade die Dorfstraße und den Mühlenkamp wegen des dörflichen historischen Charakters und benutzen sie als Zuwegung zum Mühlenteich. Daher ist die Instandsetzung der Straße dringend erforderlich.
- **die Sicherung der Dortmunder Straße für Fußgänger und Fußgängerinnen**. Sie ist als Durchfahrtsstraße sehr stark befahren. Fußgänger und Fußgängerinnen müssen in Höhe der Dorfstraße oft lange warten, bis sie die Straße queren können. Da sich Ampelanlagen nur im nördlichen Ortseingang und im südlichen Ortsausgang befinden,

kann hier der Bau einer Mittelinsel als Querungshilfe nördlich oder südlich der Kreuzung Dortmunder Str./Hubertusstraße bzw. Kirchlinder Straße Abhilfe schaffen.

- **die Optimierung der Kreuzung Dortmunder Str./Vincennesstraße/Wakefieldstraße.** Der Hauptverkehr auf der Dortmunder Straße wird häufig durch Querverkehr aus der Vincennesstraße/Wakefieldstraße (nördlicher Ortseingang) gestoppt. Daher ist der Verkehrsfluss entweder durch die Errichtung eines Kreisverkehrs oder durch die Schaffung eines Grünpfeils zum Rechtsabbiegen aus den Straßen Vincennesstraße und Wakefieldstraße in die Dortmunder Straße zu optimieren.
- **die Wartung und Pflege des Mühlenteichs.** In der Vergangenheit hat sich im Mühlenteich schnell Schlamm angesammelt. Um die Situation des Teichs zu verbessern, müssen die vorgelagerten Becken instandgesetzt und regelmäßig gewartet werden. Eine erneute Verschlammung des Mühlenteiches ist auf jeden Fall zu verhindern.
- **die Neugestaltung der Melchiorstraße/Mühlenbach.** In Castrop-Rauxel ist das Umfeld des Mühlenbachs auf den Gefahrenkarten des Landes NRW als hochwassergefährdet eingestuft. Die starken Regenfälle der letzten Jahre haben nochmal gezeigt, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Insbesondere stellt der Durchlass des Baches unter der Melchiorstraße eine Gefahr für die Anlieger dar. Der EUV-Stadtbetrieb plant richtigerweise die Neugestaltung des Durchlasses und sieht dabei vor, die Straße zu sanieren und für den Durchgangsverkehr baulich zu schließen. Wir begrüßen die Neugestaltung und Sanierung der Melchiorstraße, fordern aber weiterhin freie Durchfahrt für den gesamten Verkehr.
- **die Instandsetzung der Wege und des Platzes vor der Trauerhalle des Frohlinder Friedhofs.** Er ist in den letzten Jahren vernachlässigt worden. Bei jedem Regen wird der Platz vor der Trauerhalle zu einer Schlammwüste. Ebenfalls sind die Wege sehr verfallen. Wasser fließt zum Teil über Gräber ab. Wir fordern die Instandsetzung der Wege und des Platzes vor der Trauerhalle.
- **die Verbesserung der Verkehrssituation am Kirchlinder Kreuz und der Kreuzung Hellweg/Dortmunder Straße.** Allmorgendlich tritt in Richtung Autobahn A 45 ein wachsender, inzwischen fast zwei Kilometer langer Rückstau bis nach Frohlinde in Höhe der ehemaligen Sparkassenfiliale auf. Daher muss die Situation am Kirchlinder Kreuz durch optimierte Ampelschaltungen verbessert werden. Dies kann jedoch nur in Zusammenarbeit mit der Stadt Dortmund und Straßen.NRW erfolgen. Dasselbe trifft auch, von Frohlinde kommend, auf die Kreuzung im Ortseingang Schwerin zu. Zu bestimmten Tageszeiten bildet sich hier ein Rückstau bis zur „Soda-Brücke“. Hier fordern wir eine Kontaktaufnahme mit den zu beteiligenden Behörden und die Umsetzung der Maßnahmen.
- **eine bessere ÖPNV-Anbindung in Richtung Bochum.** Frohlinde ist über die Linie 480 an den ÖPNV angebunden. Nach Norden und Süden ist damit eine gute Anbindung gegeben. Frohlinde ist jedoch an Bochum nur über den Umweg über die Castroper Altstadt oder über Dortmund angebunden. Dies ist insbesondere in Richtung Ruhr-

Universität mit deutlich erhöhtem Zeitaufwand verbunden. Wir fordern daher eine Busverbindung, die den direkten Weg von Frohlinde über Merklinde nach Bochum ermöglicht.

3. Habinghorst/Rauxel/Pöppinghausen

Auch die Ortsteile Habinghorst, Rauxel und Pöppinghausen werden weiter von uns in den Blick genommen. Mit gezielten Maßnahmen wollen wir die Entwicklung der Stadtteile voranbringen und alle Bereiche berücksichtigen. Dabei setzen wir auf:

- **die Stärkung des Schulzentrums mit der Realschule und dem Berufskolleg.** Die Sicherheit und Sauberkeit auf dem Gelände insbesondere im Schulhofbereich rückwärtig zum Globus wollen wir erhöhen.
- **die Realisierung der B 474n, die insbesondere die stark befahrene B235 und somit auch Habinghorst entlastet** und damit einen gut fließenden Verkehr zur A2 und zu den anliegenden Städten Waltrop und Datteln gewährleistet.
- **die Schaffung eines zusammenhängenden Fahrradstraßennetzes von der Lange Straße über die Germanen- und Alemannenstraße bis hin zur Heerstraße.**
- **die Öffnung der Lange Straße für den Autoverkehr, aus Richtung der B235 kommend.**
- **eine zügige Entwicklung einer Bezirkssportanlage auf der Fläche des ehemaligen Kraftwerks unter Einbindung der Vereine VfB Habinghorst und SC Victoria Ickern.**
- **die Errichtung einer neuen Feuer- und Rettungswache am zentralen und verkehrsgünstig gelegenen Standort auf der Fläche des ehemaligen EON-Kraftwerksgeländes.**
- **die Suche einer geeigneten Immobilie und die Prüfung zur Einrichtung eines Service-Büros des Ordnungsamtes als Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger auf der Lange Straße.**
- **eine erhöhte Präsenz, verstärkte Kontrollen und Sichtbarkeit ansprechbarer und professioneller Beratungs-, Polizei- und/oder Ordnungskräfte des KOD insbesondere auf der Lange Straße.**
- **die Grundstücksentwicklung an der Kampfstraße neben Haus Nr. 11 an der ehemaligen Tankstelle.**
- **eine Verbesserung der Parksituation im Bereich der Lange Straße durch eine effektive Beschilderung.**

- **eine Verbesserung der Parksituation am integrativen Kindergarten Oskarstraße.** Der Behindertenparkplatz befindet sich derzeit zu weit entfernt auf der Hugostraße. Das Abholen und Bringen der Kinder erweisen sich insgesamt als schwierig.
- **die Erhöhung der Sicherheit und Sauberkeit im Bereich des Hauptbahnhofs** durch erhöhte Präsenz des Kommunalen Ordnungsdiensts.
- **die Etablierung eines Naschmarktes auf dem Berliner Platz.**
- **die Weiterentwicklung des Grundstücks an der Bahnhofstraße (ehemalige Tankstelle) für Wohnbebauung.**
- **die Realisierung von Wohnbebauung auf dem Grundstück des ehemaligen „Haus Bladenhorst“.**
- **den Erhalt und die Stärkung des Centers Pöppinghausen.**
- **die Ausweitung des ÖPNV- Angebots für den Ortsteil Pöppinghausen** (Busverkehr).

4. Henrichenburg

Henrichenburg ist der nördlichste Stadtteil. Wir stehen dafür, dass die **gute Gemeinschaft in diesem Stadtteil** weiterhin bestehen bleibt und unterstützen die örtlichen Vereine in ihrem Brauchtum, ihrer Jugendarbeit, ihrer Ausübung von Sport oder dem gesellschaftlichen Miteinander. Dies wollen wir durch folgende Punkte erreichen:

- Wir wollen dafür sorgen, dass die **Vereine zeitgemäß ausgestattet sind und nicht bspw. in alten Räumlichkeiten zusammenkommen müssen.**
- Wir stehen für **bessere Verkehrsbedingungen** und fordern daher weiterhin zur **Entlastung der B235 die schnelle Fertigstellung der B474n**, um den **Ortsteil gerade zu den Stoßzeiten zu entlasten und ein Ausweichen durch Henrichenburg und Becklem zu verhindern.**
- Zur weiteren **Lärmentlastung** setzen wir uns für eine **Erneuerung der Straßendecke auf der B235** ein, um die tägliche Belastung durch LKW und PKW für die Anwohner zu reduzieren und mögliche Gefahren zu verhindern.
- Wir wollen die **Sicherheit der Fußwege an der Becklemer Straße erhöhen**, da diese insbesondere für Personen, die nicht gut zu Fuß, mit einem Kinderwagen, einem Rollstuhl oder einem Rollator unterwegs sind, nicht mehr gegeben ist. Durch die Wurzeln der anliegenden Bäume wurden die Gehwege angehoben und durch die Wegeplatten entstehen dadurch neben der Erhöhung auch massive Kanten.

- Der **Gehweg auf dem Weg zur Becklemer Brücke** aus Henrichenburg kommend ist sehr schmal, sodass ein Ausweichen auf dem Gehweg kaum möglich ist. Neben einer **Verbreiterung des Gehwegs** setzen wir uns dafür ein, das **Tempolimit an dieser Stelle (den Berg hoch) von 50 km/h auf 30 km/h herunterzusetzen**, um ein rechtzeitiges Bremsen der Fahrzeuge sicherzustellen.
- Wir streben weiterhin die **Erneuerung der Becklemer Brücke** an.
- Wir stehen weiterhin zur **Errichtung eines Park & Ride Parkplatzes an der B235**. Dieser würde den Parkdruck entlang der Straße massiv senken und den jetzigen Parkstreifen zur ungefährlicheren Nutzung für Fahrräder nutzbar machen, schließlich ist die Frequenz an Fahrradfahrern bereits jetzt sehr hoch. Zusätzlich stünde eine Parkmöglichkeit für Fahrgemeinschaften an einer vielbefahrenen Autobahn zur Verfügung.
- **Zudem müssen Schnellladesäulen für Elektroautos an der Aus- und Auffahrt der A2 installiert werden**, damit ein schnelles Laden für E-Autos gewährleistet ist.
- Zur **Erhöhung des Sicherheitsgefühls** wollen wir die **Beleuchtung der Suderwicher Straße auf dem Teilstück von der Becklemer Straße bis zur Wartburgstraße verbessern**. Das Teilstück befindet sich in einem dunklen Waldstück, dient aber der Verbindung zwischen Emscherland und Becklem sowie Henrichenburg/Habinghorst und Becklem und wird daher von vielen Fahrradfahrern und Fußgängern gern benutzt.
- Gleiches gilt für den **Schulweg zwischen der Hagenstraße und der neuen Gesamtschule in Ickern** kurz vor der Autobahn. Der Schulweg wird von vielen Kindern aus Henrichenburg als Abkürzung genutzt. Wir setzen uns daher für eine **Befestigung und Beleuchtung des Weges** ein, aber auch für einen **Winterdienst**.
- Der **Schulweg zur Grundschule Alter Garten von der Hagenstraße** als Wegkürzung und vor allem als kürzester Weg von der Elternhaltestelle zur Grundschule. Nach einigen Zwischenfällen im Wendehammer vor der Schule sollte die Alternative möglichst attraktiv sein, damit Eltern ihre Kinder nicht bis zur Schule bringen, sondern die Elternhaltestelle nutzen. Dafür ist eine **Herrichtung des Weges** unausweichlich.
- Eine **Nachbesserung des Zebrastreifens auf der Hagenstraße** ist dringend notwendig, um den **Schulweg und das Überqueren der Straße von Kindern sicher zu gestalten**.
- Das **Emscherland** wird spätestens mit der IGA eine gern genutzte Naherholungszone werden, welche gut mit dem Fahrrad erreichbar ist. Daher setzen wir uns für einen **Zebrastreifen auf der Wartburgstraße auf Höhe des Weges entlang des Toten Arms** sowie für die **Befestigung der Zuwegung zum Denkmal der Burg im kurvigen Bereich** ein, da es durch den Schotter immer wieder zu Fahrradunfällen in den Kurven kommt.
- Wir wollen eine **Lösung der Verkehrssituation an der Einmündung der Freiheitsstraße/Wartburgstraße**, damit die provisorische Ampel kein Dauerzustand bleibt.

- Auch für eine **Fahrradstraße des Bredenbrauck bis hin nach Datteln inklusive einer Sanierung der Straße** setzen wir uns ein, damit die König-Ludwig-Trasse aus dem Ortsteil gut erreicht werden kann und die Gefahr durch Schlaglöcher behoben wird.
- Wir stehen für einen **Erhalt der Sparkasse in Henrichenburg**.
- In den warmen Sommermonaten gibt es entlang des Kanals viele Badegäste, die aktuell nicht die Möglichkeit haben, ihren Müll entsprechend vor Ort zu entsorgen. Deshalb fordern wir die **Aufstellung von Mülleimern und deren Leerung entlang des Kanals**.
- Wir wollen die **Aufhebung des Halteverbots entlang der Suderwicher Straße**, damit die **örtlichen Gastronomen zusätzliche und dringend benötigte Parkplätze gewinnen**.

5. Ickern

Wir werden den Stadtteil Ickern im Nordosten unserer Stadt als größten und einwohnerstärksten Stadtteil zukunftsgerichtet weiterentwickeln. Dabei setzen wir uns für folgende Punkte ein:

- Wir streben die **Absenkung von Bürgersteigen an Kreuzungen, insbesondere mit einer Verbindung zu Bushaltestellen, wie z. B. Ecke Leveringhauser Straße/Zechenstraße** an, um insb. Rollstuhlfahrern eine sichere Querung der Straßen zu ermöglichen.
- Wir begrüßen den **Beschluss des Kreises, die U47 zum Logistikpark "LogPoint Ruhr" über Ickern bis nach Waltrop zu verlängern, um Ickern an das Busnetz des Ostvests, insbesondere den Schnellbus X13 zum Technologiepark Dortmund und Richtung Dortmund zu verbinden** und so den individuellen PKW-Verkehr zu reduzieren. Wir fordern bereits jetzt die Kontaktaufnahme mit der DSW21 und der Stadt Dortmund, um erste vorbereitende Planungen zu erstellen. Wir setzen uns darüber hinaus für eine Schnellbuslinie vom Ickerner Markt über die Klöckner Straße bis in die Innenstadt mit Halt an der Hertzstraße, dem Hauptbahnhof und dem Europaplatz ein.
- Wir setzen uns für eine Verkehrslösung an der Kreuzung Horststraße / Uferstraße ein.
- Wir setzen uns für eine Geschwindigkeitsreduzierung auf dem Stück der Ickerner Straße von der Sparkasse bis zum Markt ein.
- Das Parken entlang der Ickerner Straße neben dem Marktplatz möchten wir ebenfalls für 2 Stunden kostenlos gestalten, um die Einzelhändler vor Ort zu unterstützen und den Stadtteil an sich zu stärken.
- Die Markttag auf dem Ickerner Markt von Dienstag und Freitag sollen beibehalten werden.

- Wir setzen uns für eine schnelle Umsetzung des Naschmarktes auf dem Ickerner Markt in den Sommermonaten ein, um den Bürgerinnen und Bürgern aus Ickern und Umgebung ein weiteres Freizeitangebot zu schaffen.
- Wir unterstützen die Veranstaltungen und Aktionen des Bürgervereins MeinIckern e.V., insbesondere das Stadtteilstfest im Sommer.
- Wir setzen uns für eine Verbesserung der Zuwege zum Regenrückhaltebecken als Naherholungsgebiet in Ickern ein. Mit dem Café, dem Aussichtsturm und der Vogelbeobachtungsstation hat das Regenrückhaltebecken an Attraktivität gewonnen und wird bereits jetzt von vielen Spaziergängern genutzt.
- Wir setzen uns weiterhin für den Erhalt der Sparkasse im Stadtteil ein.
- Der Spielplatz neben dem Freibad im Ickerner Park soll modernisiert werden, indem die Geräte repariert oder ausgetauscht sowie neue zeitgemäße Spielgeräte und Spielflächen aufgestellt werden.
- Das Freibad soll einen neuen, größeren Wasserspielplatz für Kinder erhalten, um das Freibad für junge Familien attraktiver zu machen.
- Im gesamten Stadtteil müssen regelmäßig die Fahrradschutzstreifen nachgebessert werden, um die Sicherheit der Fahrradfahrer zu erhöhen.

6. Merklinde

Der Ortsteil Merklinde bietet verkehrstechnisch gut angebundenen Wohnraum mit kurzen Wegen in Naherholungsgebiete und ein florierendes Gewerbegebiet. Nach der Schließung einer Kindertagesstätte und der Grundschule gilt es, die Attraktivität des Ortsteiles für junge Familien zu erhöhen. Das wollen wir erreichen durch:

- die **Entwicklung eines Neubaugebietes**,
- **eine bessere Vernetzung mit den Ortsteilen Schwerin, Frohlinde und Obercastrop** über den öffentlichen Personennahverkehr,
- **die Förderung und Unterstützung des neuen Begegnungszentrums** im Gebäude der Harkortschule und
- **die Realisierung der Ortsumgehung L 654n zur Entlastung der Einwohner der Gerther Straße in Merklinde.**

7. Obercastrop

Die Bochumer Straße und ihre Geschäfte bilden den sozialen verbindenden Kern des Ortsteils. Daher ist es wichtig, den Handel vor Ort und seine Sozialfunktion zu stärken. Wir setzen uns daher für folgende Punkte in Obercastrop ein:

- **Wir lehnen es strikt ab, dass Parkplätze an der Bochumer Straße zugunsten eines breiten Radweges wegfallen.** Zur Stärkung des Einzelhandels sollen diese Parkplätze in vollem Umfang erhalten bleiben. Der örtliche Handel lebt von unmittelbaren Parkmöglichkeiten direkt vor den Geschäften. Ein baustellenbedingter Wegfall der Parkplätze hat in der Vergangenheit gezeigt, wie extrem die Auswirkungen des Parkplatzwegfalls auf den Handel sind.
- Natürlich wollen wir einen **sicheren Fahrradverkehr in diesem Bereich** ermöglichen. Daher streben wir an, die **Kreuzstraße unter Beibehaltung der Parkplätze als Fahrradstraße umzuwidmen** und somit eine **sichere Route in Richtung Bochum zu ermöglichen**. Der **Fahrradverkehr, der sich in süd-östlicher Richtung von Obercastrop orientiert, soll ab der Höhe von Haus Henze durch die Schillerstraße geführt werden.**
- Um insgesamt auf der Bochumer Straße für eine bessere Verkehrssicherheit zu sorgen, **wollen wir im oberen Bereich der Bochumer Straße auf Höhe der Breckenstraße eine Querungshilfe installieren lassen. Ab dieser Höhe soll bis hinter der griechischen Gastronomie zum Schutz der Kita- und Schulkinder Tempo 30** gelten.
- Gleichzeitig soll die **Querung der Cottenburgstraße in Höhe des Kreuzungsbereiches mit der Bochumer Straße durch eine dem Kreuzungsbereich vorgelagerten Querungshilfe sicherer gemacht werden**, da es hier in der Vergangenheit vermehrt zu Unfällen gekommen ist. **Mittels Durchgangssperren wollen wir die Querung im unmittelbaren Kreuzungsbereich verhindern und die Querung in Höhe der Querungshilfe forcieren.**
- Der Spielplatz im unteren Teil der Kreuzstraße ist die einzige Spielmöglichkeit jenseits des Stadtgartens im Ortsteil. **Um den Ortsteil für jüngere Familien attraktiv zu erhalten, soll die Spielanlage im unteren Teil der Kreuzstraße ertüchtigt werden.**

8. Rieperberg

Der Ortsverband Rieperberg setzt sich für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in den Ortsteilen **Schwerin, Rauxel-Dorf, Castroper Holz, Dingen und Deininghausen** gezielt ein. Folgende Punkte werden Schwerpunkte der zukünftigen Arbeit sein:

- **Erhalt der Parkplätze im Einkaufsbereich der Dortmunder Straße.** Radwegeplanungen müssen dies mitberücksichtigen, um den Erhalt der Geschäfte zu gewährleisten.

- Zur **sicheren Nutzung des Geh-/Radweges zwischen Schwerin und Frohlinde** fordern wir eine **Beleuchtung mit geeigneten technischen Ausstattungen**, um die Natur so wenig wie möglich zu beeinflussen, z. B. durch Bewegungsmelder und besondere Leuchtmittel. Hierdurch wird ein vorhandener „Angsträum“ beseitigt.
- **Den Straßenraum der Cottenburgstraße wollen wir zwischen der Einmündung zur Dortmunder Straße und der Kreuzung Cottenburgschlucht neu ordnen**, um gefährliche Situationen durch Raser zu verhindern. Dies dient dem Schutz des Schulweges sowie anderer Verkehrsteilnehmer.
- Die **Verbesserung der Parksituation am Neuroder Platz** werden wir vorantreiben.
- Wer werden die **Gehwege in allen Stadtteilen, insbesondere im Dorf Rauxel, barrierefrei herstellen lassen**. Gerade im **Bereich der Wilhelmstraße** und der Amtsstraße gibt es durch die Baumwurzeln vorhandener Bäume teilweise sehr große Stolperfallen. Bei einer stark alternden Gesellschaft sollte eine **Barrierefreiheit in diesen Bereichen** ermöglicht werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass der **Parkplatz auf der Dortmunder Straße auf Schwerin neben den Papiercontainern durch einen geeigneten Zugang im unteren Bereich in Richtung EDEKA zusätzlich erschlossen wird**. Dies kann zu einer Entspannung der Parksituation im Bereich des Ortskerns beitragen. Zusätzlich wollen wir, dass der Strauchbewuchs am Parkplatzrand neben der Dortmunder Straße entfernt wird. So kann der Parkplatz besser von der Straße eingesehen werden und ein „Angsträum“ wird beseitigt.
- Seit mittlerweile Jahrzehnten fehlt ein **Stück des Gehwegs auf dem Hellweg in Höhe des Waldes**. Wir fordern einen **Lückenschluss in geeigneter Weise sowie eine Beleuchtung**, da es durch die hohen Bäume nicht nur in der Dämmerung und nachts an dieser Stelle sehr dunkel ist.
- Die Anwohner an **der Oststraße** klagen seit Jahren über eine **große Belastung durch LKW-Lärm und Raser**. Da die meisten LKW über die B235 und die Klöcknerstraße in das Gewerbegebiet am Deininghauser Bach fahren können, stellt sich die Frage, warum diese Route nicht genutzt wird. Auch wird es durch das neue Gewerbegebiet in Dortmund Mengede ein erhöhtes PKW-Aufkommen geben, dem durch geeignete Maßnahmen begegnet werden muss, um die Anwohner zu entlasten. Wir fordern einen **Maßnahmenkatalog, um diese Situation im Sinne der Anwohner in den Griff zu bekommen. (z. B. Nachtfahrverbote für LKW, nächtliche Temporeduzierung auf 30)**.
- Die **Xscape-Fläche ist aufgrund der Lage zwischen der B 235 und der A 42 in besonderem Maße zur Ansiedlung von Gewerbe geeignet**. Wir fordern die Nutzung dieser **Fläche nur für Gewerbebetriebe**. Eine Wohnbebauung, wenn auch nur in Teilen, direkt an der Autobahn lehnen wir strikt ab, da es hierfür geeignetere Flächen im Stadtgebiet gibt.

- Wir setzen uns für den **Erhalt unseres Hallenbades**, des Parkbades Nord und der Lehrschwimmbecken ein. Dies gilt im Besonderen bei notwendigen Reparaturarbeiten. Die Bäder müssen für Schulen, Schwimmvereine, Rettungsschwimmer und natürlich für die Freizeitgestaltung weiterhin zur Verfügung stehen.

